

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



2/2025



WECHSELKURS

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN
AUF DIE 4. INTERNATIONALE KONFERENZ
ÜBER ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Wendepunkt Sevilla?

FfD4: Was ist das? Was soll das?
Was kann das?

› Seite 2

Welthandel vor Paradigmenwechsel

Die Handelskapriolen aus Süd-
Sicht

› Seite 20

Die verschobene Inflation

Wie EZB und Fed im Globalen
Süden wirken

› Seite 30

Digitaler Kolonialismus

Wie Tech-Konzerne aus den USA
und China den Globalen Süden
ausbeuten

› Seite 37

RUNDBRIEF 2/2025

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

SCHWERPUNKT

Wendepunkt Sevilla?	2
Vor der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung <i>Wolfgang Obenland</i>	
FfD4 zurechtgerückt	5
Menschenrechte zur Stärkung der Entwicklungsfinanzierung <i>Dr. Maria Ron Balsera</i>	
Trump, Steuern und Zeit für Entscheidungen	8
Wie der Angriff des US-Präsidenten auf die globale Steuerkooperation unerwartete Folgen haben kann <i>Alex Cobham und Markus Meinzer</i>	
Privat vor öffentlich?	11
Zeit, sich gegen den Trend zur Privatisierung der Entwicklungsfinanzierung zu wehren <i>Dr. María José Romero</i>	
Für eine starke deutsche Entwicklungspolitik	14
<i>Dr. Klaus Schilder und Jonas Wipfler</i>	
Soziales Engagement mit Rendite	17
Der problematische Win-win-Narrativ der Entwicklungsbanken am Beispiel der DEG <i>Roman Herre</i>	
Welthandel vor Paradigmenwechsel	20
Handel als Instrument für oder Waffe gegen nachhaltige Entwicklung? <i>Ranja Sengupta</i>	
Private Profite, öffentliche Krisen	24
Warum die internationale Schuldenarchitektur dringend reformiert werden muss – und wie eine Lösung aussehen kann <i>Malina Stutz</i>	
Weltweite Krisen verlangen nach systemischen Reformen	27
Zur aktuellen Debatte um die Reform der internationalen Finanzarchitektur <i>Dr. Verena Kröss</i>	
Die verschobene Inflation	30
Wie die Inflation den Globalen Süden trifft <i>Robin Jaspert</i>	
Die Macht der Monopolisten	34
Ein globales Problem <i>Ulrich Müller</i>	

Digitaler Kolonialismus	37
Wie Tech-Konzerne aus den USA und China den Globalen Süden ausbeuten <i>Sven Hilbig</i>	
Ignoranz gegenüber den Grundlagen des Lebens	41
Die Notwendigkeit, den Schutz der biologischen Vielfalt zu finanzieren <i>Global Youth Biodiversity Network</i>	
Schwerpunktpublikationen	44

NEUES AUS DEM FORUM

Gentechnik in der Natur?	45
Warum wir ein Moratorium brauchen	
Die Weltnaturschutzunion (IUCN) debattiert über den Einsatz von Gentechnik in natürlichen Lebensräumen <i>Naomi Kosmehl und Franziska Achterberg</i>	
Auf dem Weg zu einer Lösung?	48
Wo wir im internationalen Chemikalienmanagement stehen <i>Tom Kurz</i>	
International vernetzte Rechte	51
Der World Congress of Families und seine Einflussnahme auf die Anti-LGBTQI+-Gesetzgebung in Ghana <i>Maïke Adams</i>	
DSI und der Cali Fund	54
Ein Meilenstein für gerechte Nutzenteilhabe an genetischen Ressourcen <i>Ursula Gröhn-Wittern</i>	
Publikationen aus dem Forum	57



Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Herbst/Winter 2025.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Wolfgang Obenland und Nina Hrkalicovic **MITARBEIT:** Malin Stretz und Leonie Keinert **LEKTORAT:** Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Wolfgang Obenland/Robbie Noble, Unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 5. Mai 2025

Die Artikel werden mit der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International veröffentlicht.

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor:innen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.

Gefördert durch:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dieses Frühjahr steht ganz im Zeichen der globalen (Entwicklungs-)Ökonomie. Nicht nur haben die medial breit rezipierten Zölle der 2. Regierung Trump Schockwellen durch die vernetzte Weltwirtschaft gejagt. Wir finden uns gleichermaßen in einer Staatsschuldenkrise im Globalen Süden, sehen einen Rückgang der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Norden, verfolgen die politischen Verwerfungen in den internationalen Finanzinstitutionen und im multilateralen Gefüge insgesamt.

Dass die Vereinten Nationen nach zehn langen Jahren der Vorbereitung genau zu diesem Zeitpunkt zu einer 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung ins spanische Sevilla einladen, mag Zufall sein. Die Konferenz bietet aber die Gelegenheit, dass sich die internationale Gemeinschaft auf Augenhöhe darüber unterhält, wie unter den genannten Bedingungen vielleicht doch noch Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung gemacht werden können. Denn entgegen ihrem Namen geht es bei der Konferenz, die am 30. Juni eröffnet werden wird, mitnichten nur um die Erhöhung der öffentlich bereitgestellten Mittel für die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Die Konferenz bearbeitet vielmehr Fragen von der nationalen und globalen Steuerpolitik, über die Rolle privater Investitionen, möglicher kurz-, mittel- und langfristiger Lösungen für die Schuldenkrise, der Rolle des Handels, die nötigen Reformen der sog. internationalen Finanzarchitektur bis zur Rolle neuer Technologien.

Während ich diese Einleitung schreibe, verhandeln die Regierungen der 193 UN-Mitglieder über ein Ergebnisdokument für die Konferenz von Sevilla. Weil Vorhersagen über die Zukunft naturgemäß fehleranfällig sind, behandeln die Artikel im Schwerpunkt dieser Rundbrief-Ausgabe nicht die zu erwartenden, konkreten Ergebnisse der Konferenz, sondern beleuchten, worum es geht und gehen sollte. Dabei blicken die Autorinnen und Autoren auch über das politisch Machbare hinaus und zeigen das eigentlich Nötige aus Sicht deutscher und international tätiger zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Begleitet werden die Beiträge zur Finanz- und Wirtschaftspolitik von Artikeln zur synthetischen Biologie und digitalen Sequenzierung, von einem Bericht zum Global Framework on Chemicals und einem Fallbeispiel zum zunehmenden Druck auf kritische und progressive Zivilgesellschaft. Wir hoffen, es ist für jede und jeden von Ihnen etwas dabei.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre,

WOLFGANG OBERLAND

Wolfgang Oberland



WENDEPUNKT SEVILLA?

Vor der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Ende Juni 2025 werden die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in Sevilla zur 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) zusammenkommen. In einem herausfordernden wirtschafts- und geopolitischen Umfeld werden hohe Erwartungen an die Konferenz gestellt. Einerseits sollen Mittel und Wege gefunden werden, zusätzliche Gelder zu mobilisieren, um die gewaltigen Finanzierungslücken bei Klima und Entwicklung zumindest signifikant zu reduzieren. Andererseits soll FfD4 auch ein Meilenstein für die Reform der internationalen Institutionen sein, also dazu beitragen, die internationale Finanz- und Handelsarchitektur fit für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu machen.

Der Prozess zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) ist ein Kind der Jahrtausendwende. Besonders die Entwicklungsländer bestanden darauf, dass das Thema prominent auf die Agenda der Vereinten Nationen kommt. Entsprechend haben drei Konferenzen (2002 in Monterrey, 2008 in Doha und 2015 in Addis Abeba) den „holistischen Ansatz“ des FfD-Prozesses etabliert. Es geht dezidiert nicht nur um die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) im engeren Sinne, sondern um alle finanziellen und nicht-finanziellen Instrumente, die potenziell zur Verwirklichung von Entwicklungszielen herangezogen werden können. Entsprechend ist der FfD-Prozess in sieben Themengebiete strukturiert:

1. Mobilisierung heimischer finanzieller Ressourcen
2. Ausländische Direktinvestitionen und andere private Finanzflüsse
3. Finanzielle und technische Zusammenarbeit
4. Handel als Entwicklungstreiber
5. Staatsverschuldung
6. Systemische Fragen, u. a. Geldpolitik und internationales Finanzsystem
7. Wissenschaft, Technologie, Innovation

Zu den Erfolgen des FfD-Prozesses zählt, dass gewisse Themen über viele Jahre hinweg auf der Agenda gehalten werden konnten, bis das politische Klima für eine Umsetzung reif war. Ein Beispiel hierfür sind die internationale Steuerpolitik und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung. Schon im Vorlauf zur Konferenz in Monterrey 2002 hatte eine Expertenkommission die Schaffung einer Internationalen Steuerorganisation vorgeschlagen. In Addis Abeba war das am härtesten verhandelte Thema, ob ein mit Regierungsvertreter:innen besetztes Gremium zu Steuern bei den Vereinten Nationen eingerichtet werden sollte. Ende 2022 ergriff die Afrikagruppe bei den Vereinten Nationen die Initiative und schlug mittels eines Resolutionsentwurfs der UN-Generalversammlung die Schaffung einer UN-Steuerkonvention vor. Im Februar 2024 traten die UN-Mitglieder zusammen, um die Verhandlungen zur Konvention einzuleiten.

Warum eine vierte Konferenz?

Eigentlich hätte bereits 2019 über eine Nachfolgekonferenz für FfD3 in Addis Abeba entschieden werden sollen. Das politische Zaudern der Akteure und die Corona-Pandemie verzögerte ihre Einberufung. Dass es Bedarf gab, globale Finanz- und Wirtschaftspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln, war allerdings unbestritten. Das zeigt sich schon allein daran, dass die G20 seit 2008 jährlich auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, und sogar mehrfach pro Jahr auf Ebene

der Zentralbankchefs und Finanzminister:innen – allerdings unter weitgehender Ausklammerung der Mehrheit der Entwicklungsländer. Wenig überraschend entsprechen die getroffenen Vereinbarungen nicht (primär) deren Interessen und Bedürfnissen. Das soll sich bei FfD4 ändern.

Der enorme Rückstand bei der Umsetzung der Agenda 2030 verdeutlicht, dass nicht genügend finanzielle und nicht-finanzielle Instrumente zur Verfügung stehen, um international vereinbarte Entwicklungsziele auch tatsächlich zu erreichen. Die Härte, mit der die Coronakrise den Globalen Süden wirtschaftlich und finanziell getroffen hat, zeigt, dass auch weiterhin effektive internationale Finanzinstitutionen fehlen, die weniger resiliente Länder vor Schocks schützen und ihnen in Krisenzeiten Zugang zu Finanzmitteln zu erschwierlichen Bedingungen gewährleisten können. In der Folge ist eine ganze Reihe von Ländern in tiefe Staatsschuldenkrisen geraten, für deren nachhaltige und rasche Behebung auch im G20-Kontext noch kein effektives Instrumentarium bereitgestellt werden konnte.

Große Aufgaben für FfD4

Die Themen, die bei FfD4 im Zentrum der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit stehen werden, ergeben sich aus den großen Herausforderungen, vor denen die globale Ökonomie momentan steht und die durch eine mehr als angespannte multilaterale Großwetterlage weiter befeuert werden:

- » Angetrieben durch das insgesamt noch immer inflationäre Umfeld, durch die jüngsten Verwerfungen in der Handelspolitik, die Kürzungsorgien in Sachen ODA und unzureichende Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen (allen voran Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe) hat sich die Finanzierungssituation weltweit verschlechtert. Kredite werden teurer, Haushalte schmaler.
- » In vielen Ländern hat dieses Umfeld zu veritablen Schuldenkrisen geführt. Neben akuten Zahlungsschwierigkeiten führt dies dazu, dass der Schuldendienst, der sowohl inländische als auch ausländische Schuldenzahlungen umfasst, im Globalen Süden stark gestiegen ist.
- » Gleichzeitig ist der internationale Finanzierungsbedarf wohl so groß wie nie. Die dreifache ökologische Krise – Klimaerhitzung, Artensterben und Verschmutzung – verlangt nach immer größeren (staatlichen) Interventionen und internationaler finanzieller Solidarität.
- » Globale und interregionale Handelsströme stoßen immer stärker an Grenzen. Geopolitische Erwägungen, neue „Logiken“ und der Zugang zu als kritisch eingeschätzten Rohstoffen dominieren internationale Zusammenhänge. Die Welthandelsorganisation steht unter enormem Reformdruck.

» Der Status quo ist für die verschiedenen Krisensymptome mitverantwortlich.

Die weiteren Artikel im Schwerpunktteil dieses Rundbriefs führen in die weiteren Details zu den verschiedenen Themengebieten des FfD-Prozesses ein. Gemeinsam haben sie aber die dreifache Herausforderung: a) Mehr und effizientere Mittel müssen bereitgestellt werden, sowohl in finanzieller als auch nicht-finanzieller Form (bspw. in Form von global abgestimmten Regulierungen); b) die Kapitalkosten für öffentliche wie private Investitionen, die in die nachhaltige Entwicklung primär der armen und ärmsten Länder fließen müssen, müssen drastisch gesenkt werden; c) die Entscheidungsstrukturen, die über all das wachen, müssen für die Belange v.a. der kleineren Länder des Globalen Südens geöffnet und deren Mitbestimmung gestärkt werden.

Wann wäre FfD4 erfolgreich?

Nach zehn langen Jahren der primär technischen Diskussionen auf Arbeitsebene wird der FfD-Prozess mit der Konferenz in Sevilla wieder auf das nötige politische Niveau gehoben. Sie gibt der Mehrheit der UN-Mitglieder (die entweder in den exklusiven Clubformaten wie G7 oder G20 gar nicht bzw. wie bei OECD oder den Bretton-Woods-Institutionen nicht gleichberechtigt agieren können) die Möglichkeit, über die zentralen Fragen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur mitzuzentscheiden. Besonders für die am wenigsten entwickelten Länder, die den größten Aufholbedarf haben, und für kleine Inselstaaten, die als besonders vulnerabel für Schocks durch den Klimawandel gelten, ist das von großer Bedeutung. Auch für zivilgesellschaftliche Akteure bietet der FfD-Prozess größere Mitwirkungsmöglichkeiten. Er ist deutlich transparenter und partizipativer als vergleichbare Prozesse. Zivilgesellschaft – und damit auch die Vertreter:innen vulnerabler Bevölkerungsgruppen, Gewerkschafter:innen uvam. – sitzen bei FfD mit im Raum und nicht in telegenen, aber wenig einflussreichen Parallelveranstaltungen.

Selbstverständlich muss FfD4 Ergebnisse produzieren, damit die Konferenz und der ihr nachgeschaltete Umsetzungsprozess als Erfolg bezeichnet werden kann. Vorstellbar wären bspw. unter anderem folgende Ergebnisse:

- » Ein echtes, regelbasiertes Staatsinsolvenzregime, um aktuelle Schuldenkrisen schneller und mit weniger Kollateralschäden für Entwicklung zu lösen, und zukünftige Schuldenkrisen zu vermeiden

- » Die Schaffung frischer, nicht schuldengenerierender Liquidität für die Entwicklungsländer. Eine Reform des Sonderziehungsrechte-Regimes des IWF könnte Abhilfe schaffen.
- » Die Einleitung echter institutioneller Reformen der Bretton-Woods-Institutionen
- » Die Wiederaufnahme der Diskussionen über global abgestimmte Steuern, bspw. einer Finanztransaktionssteuer, von global abgestimmten CO₂-sensiblen Vermögensteuern, Flugticketabgaben uvam.
- » Die Sicherstellung der Finanzierung der internationalen Institutionen – allen voran der Vereinten Nationen –, die mit der Umsetzung bzw. deren Überprüfung beauftragt werden

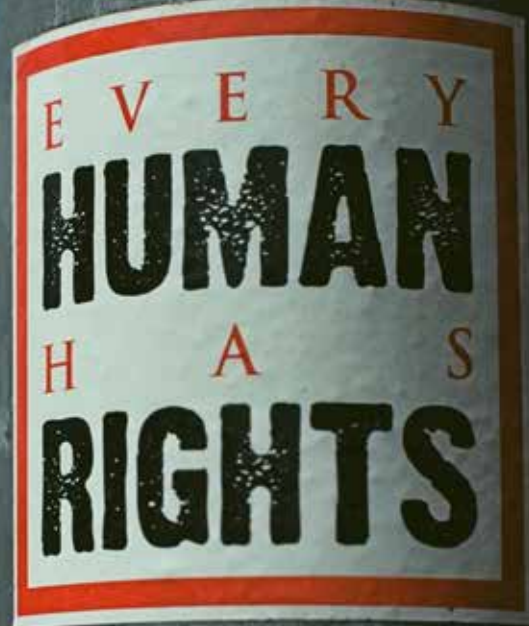
Gerade der letztgenannte Punkt verdeutlicht die politische Komplexität, in der der Verhandlungsprozess vor Sevilla steckt. Die US-Regierung will am liebsten gar keine substanziellen Beschlüsse in Sevilla und bemüht sich selbst um die Streichung aller Verweise auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Diese radikale Haltung hat bei diversen anderen Regierungen dazu geführt, dass sie Reformbemühungen einstellen und sich auf eine Bewahrung des Status quo zurückziehen – obwohl dieser für die verschiedenen Krisensymptome mitverantwortlich ist. Während also für die Lösung der verschiedenen ökonomischen Probleme mehr multilaterale Abstimmung notwendig wäre, verhindern die Regierungen des Globalen Nordens echte Reformen in diese Richtung.

Dabei bietet diese Situation eine ideale Gelegenheit dafür, dass neue Allianzen jenseits der traditionellen Nord-Süd-Spaltung geschmiedet werden. Es ist nun an den Regierungen u. a. Deutschlands, diese Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und sich damit von hergebrachten Abhängigkeiten zu befreien. Dazu müssen sie allerdings die lange gepflegte Arroganz gegenüber den potenziellen Partnern überwinden und einsehen, dass sie nicht länger in der Lage sind, eigene Belange rücksichtslos durchzusetzen. Ob diese Erkenntnis bis Sevilla zur Reife gekommen ist, bleibt abzuwarten.



Wolfgang Obenland

Der Autor leitet den Arbeitsbereich Internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.



FFD4 ZU RECHT GERÜCKT

Menschenrechte zur Stärkung der Entwicklungsfinanzierung

Die derzeitige globale Finanzarchitektur ist nicht zweckmäßig. Stattdessen hält sie historische Ungerechtigkeiten aufrecht. Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FFD4) bietet eine Gelegenheit, dieses System unter Berücksichtigung der Menschenrechte umzugestalten. Mit einem auf Rechten basierenden gesetzlichen Rahmen für Staateninsolvenzen und eine an Rechten orientierte UN-Rahmenkonvention über internationale Steuerkooperation (UNTC) kann die internationale Gemeinschaft die strukturellen Ungleichgewichte angehen, die lange Zeit Gläubiger und reiche Nationen gegenüber Schuldnerländern und dem Globalen Süden begünstigt haben.

Die Menschenrechte sind ein viel zu wenig genutztes Instrument zur Förderung ökonomischer Gerechtigkeit. Die derzeitige globale Finanzarchitektur, ein Kind der Kolonialzeit, stärkt die Interessen ihrer Gründer, insbesondere reicher Unternehmen und Einzelpersonen, und verschärft

die vielfachen Krisen von Klima, Schulden und Ungleichheiten. Lösungen, die auf Steueranreizen oder Subventionen, Deregulierung, Privatisierung, Finanzialisierung und zunehmender Verschuldung beruhen, verschärfen diese Probleme noch weiter. Menschenrechtsorganisationen wie das Center for

Economic and Social Rights argumentieren, dass die Verankerung wirtschaftlicher Entscheidungen in den Menschenrechten – und damit die Schaffung einer auf Rechten basierenden Wirtschaft – die Bedingungen dafür garantieren würde, dass alle Menschen in Würde auf einem gesunden Planeten leben können. Ziel ist es, dass alle Menschen in den Genuss aller ihrer Rechte kommen – wirtschaftlicher und sozialer, bürgerlicher und politischer, kultureller und ökologischer – ohne Diskriminierung und, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu schmälern.

Dies ist nicht nur eine Frage der Moral. Die Normen und Grundsätze der Menschenrechte verleihen grundlegenden Werten wie Würde, Gleichheit, Fairness, Inklusion, Solidarität, Zusammenarbeit, Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit Kraft und Konkretheit. Sie sind ein wirksames Instrument, um sich den derzeitigen Angriffen auf Demokratie, Multikulturalismus, öffentliche Güter, Solidarität und Nachhaltigkeit entgegenzustellen.

Entwicklungsfinanzierung unter dem Blickwinkel der Menschenrechte

Die Einbeziehung von Menschenrechtsstandards in die Entwicklungsfinanzierung ist von entscheidender Bedeutung. Sie sind grundlegender Bestandteil des internationalen Rechts und erlegen Staaten Verpflichtungen auf. Sie sind ein wichtiger Maßstab für die Bewertung von Steuersystemen und Entschuldungsregeln und unterstreichen die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit. Die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte zu betrachten, ist beispielsweise der Schlüssel zu einem ganzheitlichen, nachhaltigen Entwicklungsansatz. Menschenrechtsmechanismen bieten wichtige Anhaltspunkte für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Vergangenheit und den Aufbau transparenter, integrierter Mechanismen für die Zukunft.

Zu den Verpflichtungen, die die Staaten bei der Ratifizierung von Menschenrechtsverträgen eingehen und die für die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen – und implizit für alle FfD-Themenbereiche – von zentraler Bedeutung sind, gehören:

- » **Mobilisierung der maximal verfügbaren Ressourcen:** Die Menschenrechtsnormen verlangen, dass jeder Staat seine „maximal verfügbaren Ressourcen“ mobilisiert, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte schrittweise zu verwirklichen. Um die inländischen Ressourcen zu erhöhen, ist ein progressives und gerechtes Steuersystem unerlässlich.
- » **Extraterritoriale Verpflichtungen:** Staaten müssen nicht nur innerhalb ihrer Grenzen Rechte verwirklichen, sondern haben auch die Pflicht, sich jenseits ihrer Grenzen rechtskonform zu verhalten. Die Anerkennung der extraterritorialen Staatenpflichten ist von entscheidender Bedeutung, da

Steuersysteme Auswirkungen über die nationalen Grenzen hinaus haben.

- » **Zusammenarbeit:** Die Charta der Vereinten Nationen beinhaltet die Verpflichtung, weltweit proaktiv und unvoreingenommen zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit ist von entscheidender Bedeutung, damit nicht die Fähigkeit der Entwicklungsländer unterminiert wird, ihren Menschenrechtsverpflichtungen aufgrund von Problemen wie Steuerhinterziehung und -vermeidung nachzukommen.
- » **Gleichheit und Nicht-Diskriminierung:** Die Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung, die sowohl in der UN-Charta als auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind, sind die Grundlage für progressive Steuerreformen, die Umverteilung von Wohlstand und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.
- » **Transparenz:** Transparenz ist ein grundlegendes Menschenrecht und im internationalen Steuerwesen von entscheidender Bedeutung, um Ungerechtigkeiten wie Steuerhinterziehung und -vermeidung zu verhindern. Mangelnde Transparenz ermöglicht Praktiken, die zu erheblichen Einnahmeverlusten führen, insbesondere in Entwicklungsländern.
- » **Inklusion und Beteiligung:** Inklusion und Partizipation stellen sicher, dass alle von Steuerentscheidungen betroffenen Gruppen, insbesondere historisch benachteiligte, ein sinnvolles Mitspracherecht haben. Demokratische Verfahren ermöglichen eine umfassende, informierte Beteiligung und stellen sicher, dass die Entscheidungen fair, gerecht und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen getroffen werden.
- » **Progressive Verwirklichung ohne Rückschritte:** Die Verpflichtung, die schrittweise Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu gewährleisten, indem zügig und wirksam geeignete Schritte unternommen werden, und zwar durch „absichtliche, konkrete und gezielte“ Maßnahmen „in größtmöglichem Umfang“, setzt voraus,

» Die Menschenrechte sind eine der drei Säulen der UN. FfD4 sollte sich die Menschenrechte zunutze machen.

dass keine Rückschritte zugelassen werden, die zu einer Verschlechterung der Wahrnehmung der Rechte führen. Maßnahmen, die die Wahrnehmung von Rechten einschränken würden, wie etwa die Kürzung der für öffentliche Dienstleistungen bereitgestellten Haushaltsmittel, dürfen nur das Ergebnis außergewöhnlicher Umstände und vorübergehend sein, müssen ein letztes Mittel darstellen und die Auswirkungen auf die Schwächsten besonders berücksichtigen.

Die Menschenrechte sind eine der drei Säulen, auf denen die UN beruhen. FfD4 als eine von den Vereinten Nationen einberufene Konferenz sollte sich die Menschenrechte zunutze machen, um sich von anderen Foren wie OECD oder WTO zu unterscheiden. Um auf das Beispiel zurückzukommen: Ein faires Steuersystem ist der Grundstein für die Wahrung der Menschenrechte und die Beseitigung von Ungleichheiten. Es generiert Einnahmen für öffentliche Dienstleistungen, verteilt Wohlstand um, begrenzt schädliche Praktiken und stärkt demokratische Regierungsführung. Die Anerkennung von extraterritorialen Staatenpflichten stellt sicher, dass Finanzpolitik grenzüberschreitende und ggf. negative Auswirkungen von Steuerpolitik berücksichtigt. Die gleichzeitige Berücksichtigung der Prinzipien der „maximal verfügbaren Ressourcen“ und extraterritorialen Staatenpflichten kann genutzt werden, die wirksame Bekämpfung illegitimer Finanzströme (IFF) zu fördern. Dazu gehören Informationsaustausch, Rückverfolgung und Sammlung relevanter Finanzdaten, Maßnahmen zur Korruptions- und Geldwäschebekämpfung sowie einheitliche Vorschriften für Berufsgruppen und Institutionen. Das Gleiche gilt für eine größere finanzielle Transparenz und Rechenschaftspflicht, wobei eine robuste Durchsetzung zur Verhinderung und Bekämpfung von IFF sowie zur Sicherstellung und Rückgabe von Vermögenswerten aus illegalen Aktivitäten beiträgt. Die Bekämpfung von Korruption kann das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherstellen, institutionelle Kapazitäten stärken und sich positiv auf die Verwirklichung der Menschenrechte auswirken.

Im Fall übermäßiger Staatsverschuldung könnten Menschenrechtsgrundsätze die Umstrukturierungsbemühungen anleiten. Dazu gehört a) die Pflicht, Umschuldungen mit Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen; b) Menschenrechtserwägungen in die Bewertung der Schuldentragfähigkeit einzubeziehen; c) Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen durchzuführen; d) die wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Rechte unter allen Umständen zu schützen; e) den Grundsatz von Treu und Glauben zu beachten; f) die Beteiligung der betroffenen Menschen und Organisationen an der Umschuldung sicherzustellen; g) einen Schuldenerlass unter bestimmten Umständen anzuerkennen; sowie h) die menschenrechtliche Verantwortung privater Akteure anzuerkennen.

Durch die Einbeziehung von Menschenrechtsprinzipien in die FfD4-Diskussionen kann Finanzpolitik eine nachhaltige, gerechte und inklusive Entwicklung für alle unterstützen. Die Menschenrechte können und sollten eine stärkere Rolle in den Ergebnissen von FfD4 spielen, indem sichergestellt wird, dass die dort entworfene Finanzpolitik und eingegangene Verpflichtungen mit den globalen Menschenrechtsstandards übereinstimmen; indem Gerechtigkeit und Inklusion Vorrang haben, insbesondere die Gleichstellung der Geschlechter; indem Rechenschaftspflicht, Transparenz und Beteiligung gefordert werden; indem eine verlässliche Entwicklungsfinanzierung gefördert; indem progressive Steuerreformen und tragfähige Institutionen und Verfahren zum Umgang mit nicht-nachhaltigen Schuldenniveaus auf den Weg gebracht werden.



Dr. Maria Ron Balsera

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Center for Economic and Social Rights (CESR).



TRUMP, STEUERN UND ZEIT FÜR ENTSCHEIDUNGEN

Wie der Angriff des US-Präsidenten auf die globale Steuerkooperation unerwartete Folgen haben kann

Donald Trump ist an der Macht und hat im Rahmen seines umfassenden Angriffs auf den Multilateralismus die internationale Steuerzusammenarbeit zu einem besonderen Ziel gemacht. Aber die Inkompetenz der US-Regierung und Trumps persönlicher Mangel an Verlässlichkeit und einer kohärenten Strategie sind so groß, dass er vielleicht sogar die beste Chance für Fortschritte seit Jahrzehnten geschaffen hat. Wie seine ehemaligen Verbündeten in der Europäischen Union und dem Rest der OECD darauf reagieren, liegt nun an ihnen.

Die einfachste Metapher für die ersten 100 Tage der zweiten Amtszeit von Präsident Trump ist die eines Kindes, das aus Wut über eine Niederlage das Monopoly-Brett umwirft. Nur wenige Institutionen sind von seinem Wüten unberührt ge-

blieben. Die Regierung weigert sich, Gerichtsurteile anzuerkennen. Präsidiale Verordnungen verdrängen Gesetze und drängen gewählte Abgeordnete ins Abseits. Die gesamte Bundesbürokratie ist geschwächt. Der Inland Revenue Service (IRS) – die Steuerbe-

hörde, von der die künftige Einnahmen des Landes abhängen – ist ein besonderes Ziel. Tatsächlich liegt der Schwerpunkt so sehr auf der Aushöhlung der IRS-Kapazitäten, dass bereits jetzt mit einem drastischen Rückgang der Einnahmen gerechnet wird. Die größten Gewinne aus der unangefochtenen Nichteinhaltung von Vorschriften werden Großverdienern und Großunternehmen zugutekommen. Dies wird durch die einschneidenden Kürzungen, die jetzt bei öffentlichen Ausgabenprogrammen wie Gesundheit und Bildung vorgenommen werden, noch vervielfacht – ein weiterer Anstieg der Ungleichheiten ist die unvermeidliche Folge.

Das Brett umwerfen – auf globaler Ebene

Auf internationaler Ebene ist das Muster ähnlich. Die Vereinten Nationen stehen unter Beschuss. Die US-Delegation ist dazu übergegangen, Abstimmungen einzuberufen, um ihre entschiedene Ablehnung langjähriger globaler Verpflichtungen zu demonstrieren, einschließlich der Ziele für nachhaltige Entwicklung, ebenso wie die meisten Verweise auf die Gleichstellung der Geschlechter oder die Klimakrise. Am auffälligsten ist vielleicht die Aufkündigung langjähriger Verpflichtungen im internationalen Handel.

Die internationale Steuerpolitik ist Teil desselben Musters. Die USA standen bereits auf Platz 1 des Financial Secrecy Index des Tax Justice Network, weil sie sich weigern, anderen Ländern Informationen über die Finanzkonten ihrer Steuerpflichtigen zur Verfügung zu stellen – obwohl sie weltweit darin führend sind, diese Informationen automatisch und unter Androhung von Strafen von allen anderen einzufordern. Die USA standen jedoch in der Regel im Mittelpunkt der Bemühungen um eine Aktualisierung der internationalen Unternehmenssteuervorschriften im Rahmen der OECD, auch wenn sie dabei oft die realisierbaren Ziele einschränkten.

Der jüngste Versuch der OECD, die Steuervermeidung von Unternehmen einzudämmen, begann 2019 und sollte bis 2020 abgeschlossen sein – also noch während der ersten Amtszeit Trumps. Das ursprüngliche Ziel war, zwei Säulen zu schaffen. Die erste Säule sollte die Ausnutzung der Digitalisierung durch multinationale Unternehmen bekämpfen. Diese hat dazu beigetragen, dass Steuerbehörden immer weniger in der Lage sind, Steuern dort einzutreiben, wo die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit der multinationalen Unternehmen stattfindet. Die zweite Säule würde einen globalen effektiven Mindeststeuersatz einführen, unabhängig davon, wo die multinationalen Unternehmen besteuert werden. In der Tat hätte die erste Säule die Gewinnverschiebung erheblich erschweren können, und die zweite Säule hätte sie weit weniger attraktiv gemacht. Im Lauf der jahrelangen Verhandlungen ging jedoch viel von diesem Vorhaben verloren.

Nun hat die Trump-Regierung erklärt, dass sie die erste Säule nicht ratifizieren wird. Da das OECD-

Sekretariat den Entwurf dahingehend geändert hatte, bedeutet dies, dass der zu Grunde liegende multilaterale Vertrag, wegen des Widerstands der USA nun von keinem Land umgesetzt werden kann. Gleichzeitig hat die Trump-Administration angekündigt, wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gegen jedes Land zu ergreifen, das auf bereits bestehende Alternativen wie einer Steuer auf digitale Dienstleistungen setzt.

Ähnliche Drohungen gehen an alle Länder, die die zweite Säule vollständig einführen könnten – einschließlich der EU-Mitgliedstaaten. Insbesondere die „Regel der zu niedrig besteuerten Gewinne“ (Undertaxed Profits Rule, UTPR) gibt Ländern das Recht, die Steuer eines multinationalen Unternehmens auf den vereinbarten Mindestsatz aufzustocken, wenn das Land, in dem der Hauptsitz liegt (z. B. die USA), sich weigert, dies zu tun. Eine Abschaffung der UTPR, wie sie die EU jetzt schändlicherweise diskutiert, würde dafür sorgen, dass die USA den Weg der Steuerpolitik der ersten Trump-Regierung fortsetzen können. Die Trump-Administration versucht, Gewinnverlagerungen in die USA (noch) attraktiver zu machen als die Nutzung traditioneller „Steuroasen“. Sie versucht kurzgesagt, andere Länder dazu zu zwingen, ihre legitimen Besteuerungsrechte gegenüber US-Konzernen aufzugeben.

Souveränität in Steuerfragen

Eine Bedrohung der Steuersouveränität ist eine Bedrohung für effektive Staatlichkeit und damit für die Fähigkeit der Regierungen für ein besseres, gesünderes und glücklicheres Leben für alle zu sorgen, anstatt für ein kurzes, böses und brutales.

Die Erfüllung von Trumps extremen Forderungen wird dafür sorgen, dass kein Land für die nächsten mindestens(!) vier Jahre multinationale Unternehmen effektiv besteuern kann. Allerdings hatten die Vorschläge der OECD für die beiden Säulen bereits den größten Teil ihres Ehrgeizes eingebüßt und würden selbst bei vollständiger Umsetzung viel weniger Einnahmen generieren als ursprünglich vorgesehen. Und das auf weniger gerechte Art und Weise.

Wie es der Zufall will, haben gerade die Verhandlungen über eine UN-Rahmenkonvention über die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich begonnen. Dies ist die erste, ja sogar die einzige Gelegenheit für einen global umfassenden Prozess zur Festlegung internationaler Steuervorschriften und zur Schaffung eines Gremiums, das diesen Prozess zukünftig weiterführen soll.

Während der Aufnahme umfassender Verhandlungen in den letzten drei Jahren haben viele OECD-Länder diesen UN-Prozess bestenfalls zögerlich unterstützt, der eine inklusive Alternative zum Club der reichen Länder schaffen würde. Doch nun hat die Trump-Administration den letzten Rest an Zweifeln daran beseitigt, dass auch die meisten OECD-Mitglieder entmachtet worden sind.



Allein die UN-Rahmenkonvention ist der Ort, an dem Schritte in einer möglichst großen Gemeinschaft unternommen werden können.

Wenn ein Land wie das Vereinigte Königreich oder Deutschland sein Steuersubstrat, seine Steuer-souveränität, schützen will, dann ist die Wahl absolut klar. Jede diesbezügliche Maßnahme birgt das Risiko von Gegenmaßnahmen seitens der USA. Allein die UN-Rahmenkonvention ist der Ort, an dem die notwendigen Schritte in einer möglichst großen Gemeinschaft unternommen werden können. Hier können die OECD-Mitglieder auch mit den einkommensschwachen Ländern, die in dieser Frage von der afrikanischen Gruppe angeführt werden, gemeinsame Sache machen und versuchen, eine Reihe wirklich inklusiver Maßnahmen zu entwickeln.

Da eine der ersten Maßnahmen der Trump-Administration darin bestand, sich vollständig aus dem UN-Prozess zurückzuziehen, gibt es für sie nur begrenzte Möglichkeiten, die Verhandlungen zu behindern. Andererseits sind die USA vorerst im Vorbereitungsprozess für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung geblieben und machen Zeile für Zeile Vorschläge zur Verwässerung des Entwurfs des Abschlussdokuments. Doch auch hier zeigt sich eine neue Dynamik. Einige Delegierte sind sich darüber im Klaren, dass das Abschlussdokument eine Gelegenheit bietet, Multilateralismus zu verteidigen und insbesondere konkrete Fortschritte aufzuzeigen. Der derzeitige Wortlaut (Stand 1. Mai 2025) unterstützt die internationale Steuerzusammenarbeit, ohne den Verhandlungsführer:innen für die Rahmenkonvention die Hände zu binden. Es stärkt auch die Aussichten auf wichtige Instrumente wie ein globales Register für wirtschaftliches Eigentum, das den Spielraum für grenzüberschreitenden Steuermissbrauch durch wohlhabende Einzelpersonen und eine Reihe anderer illegaler Finanzströme und korrupter Praktiken drastisch verringern würde.

Die UN-Konvention könnte das ABC der Steuertransparenz schaffen: Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten, um dem Offshore-Bankgeheimnis ein Ende zu setzen; sog. Beneficial Ownership-Register, um anonymem Eigentum ein Ende zu setzen; und eine umfassende Verpflichtung zur öffentlichen länderspezifischen Berichter-

stattung durch multinationale Unternehmen – sog. Country-by-Country Reporting. Die Schaffung eines Gremiums für die Aushandlung gerechterer und wirksamerer Steuervorschriften mit einem mit Befugnissen ausgestatteten Sekretariat und technischen Gremien für die Ausarbeitung von Entwürfen und die Datenanalyse wird sicherstellen, dass es sich nicht um eine einmalige Verbesserung handelt, sondern um eine dauerhafte Veränderung der Fähigkeit der Staaten, ihre Besteuerungsrechte und ihre Souveränität gemeinsam und individuell zu verteidigen.

Zeit für Entscheidungen

Letztlich hat die Trump-Administration den Mitgliedstaaten der EU und anderen OECD-Ländern ihre Optionen verdeutlicht. Sie können ihre Besteuerungsrechte aufgeben, in der Hoffnung, das tyrannische Kind zu besänftigen, das das Spielbrett in die Luft geworfen hat. Oder sie können mit Ländern aus der ganzen Welt zusammenarbeiten, um die Grundlage für eine faire und effektive Steuerkooperation zu schaffen. Nur eine Entscheidung ist richtig. Und es ist dieselbe Wahl, die große Einnahmen verspricht.



Alex Cobham und Markus Meinzer

Alex Cobham ist Geschäftsführer, Markus Meinzer Direktor für Politik beim Tax Justice Network.



PRIVAT VOR ÖFFENTLICH?

Zeit, sich gegen den Trend zur Privatisierung der Entwicklungsfinanzierung zu wehren

Die Beteiligung privater Geldgeber an der Finanzierung von Infrastruktur und Dienstleistungen ist nicht neu. In den letzten Jahrzehnten hat der Fokus auf die Hebelwirkung privater Finanzmittel jedoch zugenommen, insbesondere nach der Verabschiedung der Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA) auf der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD) 2015. Dennoch haben sich die geförderten Initiativen als zu wenig wirksam erwiesen. FfD hat als einziger inklusiver Prozess das Potenzial für transformative Entwicklung im Globalen Süden. Im Vorfeld der 4. FfD-Konferenz (FfD4) in Sevilla bietet sich die Gelegenheit für eine gründliche Überarbeitung der privaten Entwicklungsfinanzierung.

Privat Finanzierungsinstrumente werden als Mittel zur Schließung der Finanzierungslücke in der Entwicklungszusammenarbeit¹ und zunehmend auch in der Klimafinanzierung gefördert. Dies wird am besten durch die sogenannte From Billions to Trillions-Agenda veranschaulicht,

die von der Weltbank und anderen multilateralen Entwicklungsbanken angeführt wird. Diese Agenda zielt darauf ab, Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich zu verändern. Ihre Befürworter:innen plädieren dafür, sie strategisch dazu einzusetzen, private Finanzierungsströme und einheimische Res-

sources freizusetzen und anzukurbeln. Ihr Ziel ist es, große (ungenutzte) Ersparnisse mit Investitionen im gesamten Globalen Süden zu verbinden. Trotz heftiger zivilgesellschaftlicher Kritik wurde diese Agenda zu einem zentralen Bestandteil der AAAA.

Private Finanzierungen als Wundermittel für Entwicklung

Der Aufstieg der privaten Entwicklungsfinanzierung wird durch einen Diskurs unterstützt, der sich auf den begrenzten fiskalischen Spielraum der Länder des Globalen Südens und auf Behauptungen über die begrenzte Fähigkeit des öffentlichen Sektors konzentriert, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Die Befürworter:innen dieser Agenda verkennen jedoch die jahrzehntelange Strukturanpassungs- und Sparpolitik und den Abfluss von Geldern aus dem Süden in den Norden,² der die Einnahmen aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) übersteigt. Außerdem haben die meisten reichen Länder ihre Zusage nicht eingehalten, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens als ODA bereitzustellen. Die Aussichten für 2025 sind sogar noch schlechter, da die ODA der reichen Länder im Jahr 2024 zum ersten Mal seit 2017 zurückgegangen ist. Doch trotz der konzertierten Bemühungen der Weltbank und anderer, die Risiken für private Investoren zu senken, hat sich gezeigt, dass Finanzmittel in Billionenhöhe ausgeblieben sind. Selbst der Chefvolkswirt der Weltbank hat kürzlich zugegeben, dass „sich alles als Hirngespinnst erwiesen hat“. Mit anderen Worten: Die Finanzierungslücke bleibt bestehen, und es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, dass private Finanzmittel die Sustainable Development Goals (SDG)-Agenda unterstützen würden.³

Im Laufe der Jahre hat sich der Enthusiasmus über das Potenzial privater Finanzierungen zur Verwirklichung der SDGs abgeschwächt. Endlich wird akzeptiert, dass private Investoren sich nicht von Natur aus um die Auswirkungen auf Entwicklung kümmern und an Investitionen in Infrastruktur und grundlegende Dienstleistungen mit der gleichen Einstellung herangehen wie an jede andere Investition: Wird dies die Rendite für unsere Aktionäre maximieren? Wenn das der Fall ist, wie lässt sich das mit einer Agenda vereinbaren, die höchstwahrscheinlich nicht die von privaten Investoren angestrebten Renditen bringt?

Die Entwirrung des Mythos

Die Förderung privater Finanzierungen hat sich in konkreten politischen Ansätzen niedergeschlagen, darunter öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), Mischfinanzierungen (sog. Blending) und andere Mechanismen der Risikominimierung. ÖPPs sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Privatsektor Infrastruktur und Dienstleistungen bereitstellt, die traditionell vom öffentlichen Sektor erbracht werden wie Krankenhäuser, Schulen, Straßen

und Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen. Bei Mischfinanzierungen werden öffentliche Mittel zu Vorzugsbedingungen (d. h. unterhalb von Marktpreisen) mit privaten oder öffentlichen Mitteln kombiniert. Ein gemeinsames Merkmal ist, dass sie darauf abzielen, private Investitionen anzuziehen.

In den letzten Jahren gab es zahlreiche Belege dafür, dass diese Finanzierungsinstrumente nicht so funktionieren, wie die Befürworter:innen behaupten. Die fiskalischen und menschlichen Kosten von ÖPPs sind beträchtlich, was bestehende Schwachstellen verschärfen und zu sozialen Unruhen führen kann. ÖPPs sind in den meisten Fällen eine teure und riskante Art der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, wobei die finanziellen Risiken von der öffentlichen Hand getragen werden.⁴ Das Problem der versteckten Verschuldung durch ÖPPs gegenüber dem Gastland ist besorgniserregend, insbesondere vor dem Hintergrund einer wachsenden Schuldenkrise. ÖPPs werden häufig nicht in Haushalten bilanziert, und es mangelt ihnen häufig an Transparenz, was dazu beiträgt, fiskalische Illusionen zu schaffen. ÖPPs sind in der Regel mit Nutzungsgebühren verbunden, die zur Deckung der Kosten für die Erbringung einer Dienstleistung erforderlich sind. Dies ist bei wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen problematisch, da es das Recht auf Gesundheit, Bildung und Wasser von der Fähigkeit der Menschen abhängig macht, für diese Dienstleistungen zu zahlen. Darüber hinaus können ÖPPs auch die Gleichstellung der Geschlechter verschlechtern, u. a. durch Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen, die häufiger von Frauen in Anspruch genommen werden und für sie eine Quelle menschenwürdiger Arbeit darstellen.

Mischfinanzierungen bergen ein hohes Risiko, dass die knappen Hilfgelder von den bedürftigsten Ländern und Menschen abgezogen werden. Sie gehen hauptsächlich an Länder mit mittlerem Einkommen und an rentable Sektoren wie Energie und physische Infrastruktur. Darüber hinaus stehen sie vor großen Herausforderungen bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit, wobei in einigen Fällen negative Auswirkungen zu beobachten sind. Darüber hinaus führen Mischfinanzierungen häufig zu neuen Schulden, auch wenn den Begünstigten

» Öffentliche Finanzen sind eine Haupttriebkraft für Entwicklung und kein Sicherheitsnetz für Marktversagen.

günstigere Bedingungen als bei kommerziellen Darlehen eingeräumt werden. Schließlich mangelt es bei Mischfinanzierungsprojekten ebenso wie bei ÖPPs an Transparenz, was mit kommerziellen Vertraulichkeitsklauseln gerechtfertigt wird. Dies führt zu einer schwachen Rechenschaftspflicht gegenüber den Gemeinschaften, denen sie eigentlich dienen sollen.

Rückbesinnung auf die entwicklungspolitische Rolle des Staates

Im Vorfeld von FfD4 haben die Länder des Globalen Nordens unablässig für private Finanzierungen geworben und dazu aufgerufen, ein günstiges Umfeld für Unternehmen zu schaffen. Die Global-Gateway-Strategie der Europäischen Union ist ein typisches Beispiel dafür,⁵ da sie die Nutzung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zur Mobilisierung privater Finanzmittel für die Durchführung von Infrastrukturprojekten fördert. Dabei besteht die Gefahr, dass die geopolitischen Prioritäten der EU in den Vordergrund gestellt werden. Diese Agenda wird wahrscheinlich auf dem Internationalen Wirtschaftsforum, das parallel zur Konferenz in Sevilla stattfindet, gefördert werden, obwohl Bedenken bestehen, dass die FfD-Agenda zunehmend von Unternehmen vereinnahmt werden könnte.

Es stimmt zwar, dass die Länder des Globalen Südens eine Ausweitung privater Investitionen in ihren Ländern gefordert haben. Sie haben aber auch davor gewarnt, dass private Finanzmittel als Ersatz für öffentliche Mittel angesehen werden. Sie haben betont, wie wichtig es ist, ihren politischen Spielraum zu respektieren, um ein geeignetes regulatorisches Umfeld zu schaffen und ihre Industriepolitik zu fördern.

Als Antwort darauf fordern zivilgesellschaftliche Organisationen, dass öffentliche Finanzen als Haupttriebkraft für Entwicklung anerkannt werden und nicht als Sicherheitsnetz für Marktversagen. Sie argumentieren, dass es nicht darum geht, private Renditen zu schmälern, sondern darum, grundlegende Bedürfnisse auf der Grundlage universeller öffentlicher Dienstleistungen zu befriedigen. Dies bedeutet auch eine Aufwertung der entwicklungspolitischen und regulierenden Rolle des Staates. Ohne eine solche Forderung ist es schwierig zu erkennen, wie die private Finanzierung mit der breiteren Ent-

wicklungsagenda in Einklang gebracht werden kann.

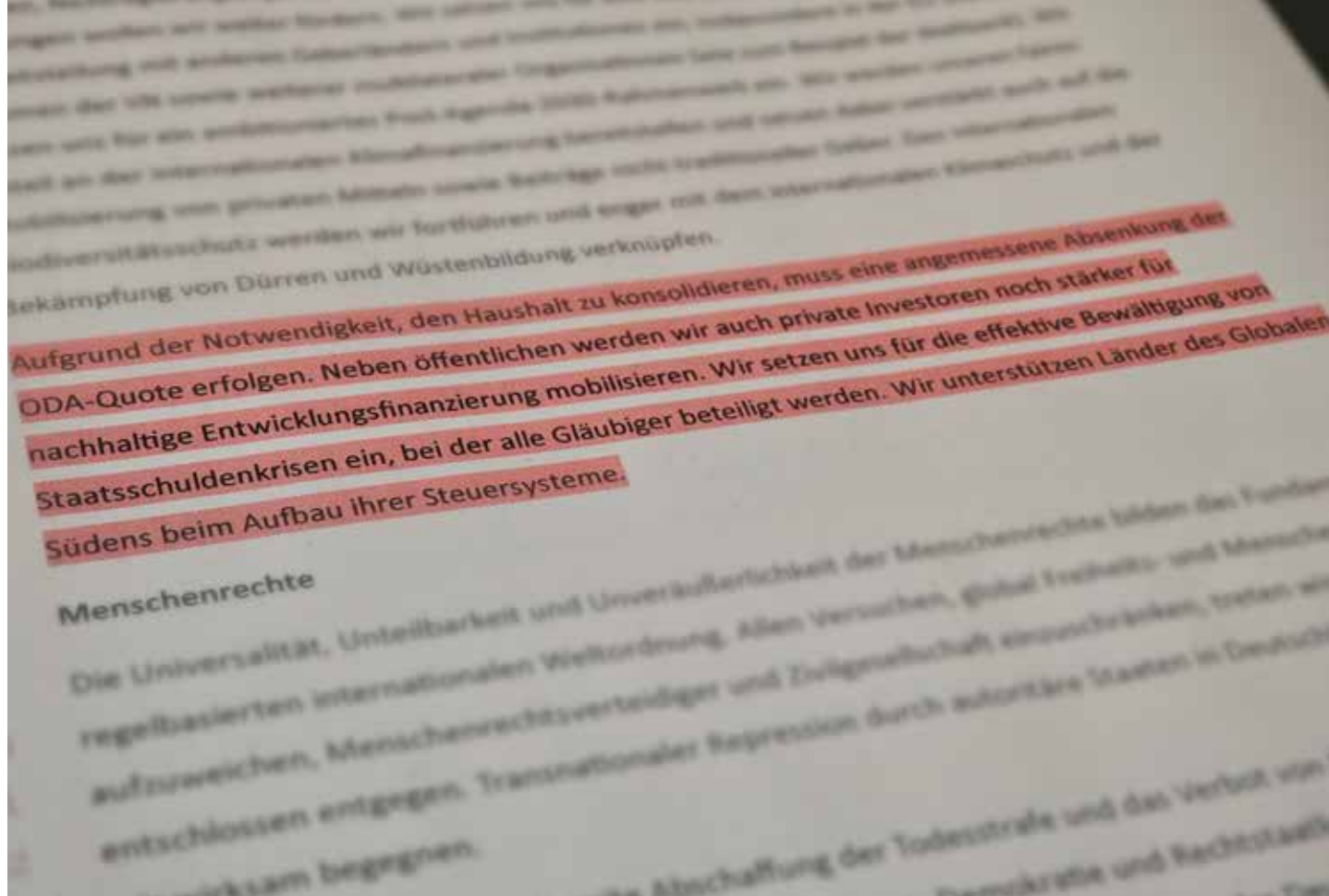
FfD4 bietet einen inklusiven Raum, um die Rolle der Akteure des privaten und öffentlichen Sektors zu diskutieren. Sie kann ein Forum sein, in dem das Paradigma der Entwicklungsfinanzierung so umgeschrieben wird, dass es im Interesse der Menschen funktioniert, insbesondere der Schwächsten. Zwischenstaatliche Diskussionen müssen fortgesetzt werden, um sich auf ein umfassendes Instrumentarium politischer Maßnahmen zu einigen, mit denen die Finanzierung des Privatsektors im öffentlichen Interesse und im Hinblick auf die Verwirklichung der SDGs geregelt werden kann. Wird das nicht geschafft, wird eine weitere Chance verpasst.



Dr. María José Romero

Die Autorin ist Entwicklungsökonomin und Policy and Advocacy Manager – Development Finance bei Eurodad, dem Europäischen Netzwerk für Schulden und Entwicklung.

- 1 Bayliss, Kate/Romero, María-José/van Waeyenberge, Elisa (2021): Uneven outcomes from private infrastructure finance: evidence from two case studies. In: *Development in Practice*, 31(7), S. 934–945.
- 2 Hickel, Jason/Dorning, Christian/Wieland, Hanspeter/Suwandi, Intan (2022): Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990–2015. In *Global Environmental Change*, Volume 73, 2022.
- 3 Mazzucato, Mariana (2025): Reimagining financing for the SDGs: from filling gaps to shaping finance. DESA Policy Brief No. 170. Special issue in collaboration with the United Nations High-level Advisory Board on Economic and Social Affairs. New York.
- 4 Eurodad (2022): History RePPeated II - Why Public-Private Partnerships are not the solution. Brüssel.
- 5 Gerasimcikova, Alexandra/Sial, Farwa (2024): Who profits from the Global Gateway? The EU's new strategy for development cooperation. Brüssel.



FÜR EINE STARKE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Kriege, Wirtschaft und Migration dominieren gegenwärtig die Schlagzeilen und Deutschland sucht seine Rolle international zwischen Verteidigungsfähigkeit und Friedensmacht, zwischen wertegebundener Außenpolitik und nationalen Eigeninteressen, die oft innenpolitisch gefärbt sind. Gleichzeitig ist zivilgesellschaftlichen Organisationen klar: Die Entwicklungspolitik darf kein Anhängsel der Außenpolitik werden, denn sie ist entscheidend für eine nachhaltige und gerechte Zukunft Deutschlands in einer vernetzten Welt.

Am 5. Mai 2025 unterzeichneten CDU/CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“. Umwelt- und entwicklungspolitische Organisationen verbinden damit die Erwartung, dass die neue Regierung unter Führung von Kanzler Friedrich Merz

auch künftig politische Verantwortung für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt übernimmt. Die Entscheidung, Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld mit Ministerium und Fachausschuss zu erhalten, ist ein wichtiges und richtiges Signal für die politische

Verantwortungsübernahme in den Themenfeldern Entwicklung, Frieden, Konfliktprävention und für den Einsatz zur Linderung von Hunger und Armut. Denn die internationale Kooperation und weltweite Solidarität mit Partner:innen im Globalen Süden ist angesichts der globalen Krisen und der mehr oder minder offenen Entsolidarisierung anderer Staaten für Deutschland wichtiger denn je. Von zentraler Bedeutung bleibt dabei die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens wie auch der Überwindung von Armut und Not.

Zehn Jahre nach dem Pariser Klima-Abkommen und der Verabschiedung der SDGs besteht die Gefahr, dass die internationale Gemeinschaft diese Wegmarken nicht nur verfehlt, sondern zudem als moralischen und politischen Kompass aus den Augen verliert. Die Bilanz des bisher Erreichten ist verheerend und zeigt, dass die Weltgemeinschaft ihren eigenen Zielen in keiner Weise gerecht wird. Politisch ebenso brisant ist, dass diese internationalen Ziele als politische Richtschnur durch die aktuellen geopolitischen Entwicklungen verdrängt zu werden drohen. Trotz einzelner Erfolge – etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder der stärkeren Nachhaltigkeitsorientierung von Finanzflüssen – ist Deutschland auf einem Pfad, der die eigenen Klimaziele deutlich verpasst. Dadurch und durch die massiven Kürzungen bei den internationalen Mitteln für Entwicklung der letzten Jahre verliert Deutschland weltweit an Glaubwürdigkeit und Einfluss. Im Ringen um neue Partner:innen auf dem internationalen Parkett ist und bleiben Vertrauen und Verlässlichkeit allerdings die zentrale Währung.

Kürzungswelle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Sorgen bereiten uns vor allem die dramatischen Einschnitte bei der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Damit gerät eine der wichtigsten Säulen der internationalen Entwicklungsfinanzierung – nicht zuletzt durch den faktischen Wegfall der durch USAid geleisteten Hilfen – massiv unter Druck. Die Kahlschlagpolitik der Trump-Administration hat schwerwiegende Folgen im Globalen Süden: Sie reißt Lücken in der Versorgung von Menschen und gefährdet Kooperationen, die über Jahrzehnte gewachsen waren. Aber auch andere traditionell starke Geber ziehen sich, getrieben durch rechtskonservative Tendenzen, aus der globalen Solidaritätsarbeit zurück. Und das in dem Jahr, in dem mit der 4. Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (FfD4) sowie der Initiative für ein neues Erlassjahr 2025 im Rahmen des Heiligen Jahres der Katholischen Kirche der politische Erwartungsdruck gerade für den Bundeskanzler wie für die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs groß ist, sichtbare Beiträge für eine ge-

rechte Reform der globalen Finanzarchitektur auf den Tisch zu legen.

Weltweit sind die öffentlichen Entwicklungsleistungen der OECD-Mitglieder, so die vorläufigen Zahlen der OECD für das Jahr 2024, um 7,1 % auf einen Stand von 212,1 Mrd. US-Dollar zurückgegangen. Nur noch Dänemark, Luxemburg, Norwegen und Schweden erfüllen das 0,7%-Ziel, während die Zahlungen in 22 OECD-DAC Mitgliedstaaten sanken. Besonders deutlich ist die weltweite Unterstützung für die Humanitäre Hilfe zurückgegangen (minus 9,6 %). Und in Deutschland sank die ODA-Quote von 0,82 % des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2023 auf 0,67 % im Jahr 2024. Dies entspricht einer Reduktion um 16 %. Die OECD sagt voraus, dass für das Jahr 2025 mit einem weiteren Schrumpfen der globalen Entwicklungszusammenarbeit zwischen 9 und 17 % zu rechnen ist. Schätzungen des Entwicklungsministeriums zufolge könnte der deutsche ODA-Anteil im Jahr 2025 mit voraussichtlich 0,54 % den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreichen. Ein Armutszeugnis! Die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen machen da Sorgen: Mit dem globalen Finanzierungsvorbehalt für praktisch alle Regierungsausgaben stehen auch in Deutschland harte Verteilungskämpfe um die Mittel des Bundeshaushalts bevor. Die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und Humanitärer Hilfe ist globale Strukturpolitik im wohlverstandenen eigenen Interesse!

Starke Partnerschaften wichtiger denn je

Denn die internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Baustein für eine Zukunftspolitik und braucht somit eine starke Stimme in der künftigen Regierung. Ein Rückzug aus internationaler Verantwortung würde Deutschland schwächen und ist keine zukunftsfähige Option. Denn Partner:innen weltweit verfolgen sehr genau, wie die Bundesregierung sich in dieser Abwärtsspirale des globalen Vertrauensverlusts positioniert.

Entsprechend ist die neue Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali-Radovan aufgefordert, keine weiteren Kürzungen im Bundeshaushalt für die Entwicklungszusammenarbeit hinzunehmen und damit die existenzielle Not von Millionen von Menschen zu vergrößern. Schon jetzt müssen entwicklungspolitische Organisationen wie Misereor Projektmittel zur Anpassung an den Klimawandel und Ernährungssicherung in Ostafrika und Bangladesch, zu Gesundheitsprojekten für Mütter und Kinder im Sahel oder zur Versorgung von Flüchtlingen in Myanmar oder im Kongo reduzieren. Weitere Mittelkürzungen würden bedeuten, dass der Kampf gegen die Klimakrise, gegen Hunger, Armut und Krankheiten massiv geschwächt würde. Auch mit Blick auf Partner:innen, die in ihren Ländern gegen Menschenrechtsverletzungen kämpfen und dafür oft bedroht und gefährdet sind, bedeuten weitere Einschnitte, dass langfristig gewachsenen Partnerschaften

» Weltweit sind die öffentlichen Entwicklungsleistungen zurückgegangen.

ten in Gefahr geraten und damit den erstarkenden autokratischen Tendenzen weltweit künftig noch schwieriger begegnet werden kann.

Gemischt fällt die Bewertung der Vorhaben der neuen Bundesregierung im Bereich der internationalen Kooperation aus. Positive Ansatzpunkte existieren mit dem klaren Bekenntnis zu Humanitärer Hilfe und Krisenprävention, dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und dem Fokus auf die gefährdete Zivilgesellschaft und der Absicht die Lücken zu füllen, die andere hinterlassen. Auch setzen sich entwicklungspolitische Organisationen schon seit Langem für ein kohärenteres Regierungshandeln in der internationalen Zusammenarbeit – neudeutsch die Reduzierung der negativen Spillover-Effekte ein, wie es jetzt auch von der Bundesregierung beabsichtigt ist. Das alles kann positiv wirken, aber angesichts der Reduktion der für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe zur Verfügung stehenden Finanzmittel und der gigantischen Herausforderungen bei der Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Klimakrise reicht es nicht aus.

Mit großer Sorge zu sehen ist allerdings, wie die Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr verbogen werden soll. Dies hat bereits in der Vergangenheit nicht funktioniert und geht an den lokalen Bedarfen vorbei – Hungern und Armut haben nichts damit zu tun, wie lokale Regierungen mit der EU zu Migration kooperieren. Und auch die Betonung eigener Wirtschafts- und Rohstoffinteressen sorgt nicht für faire Partnerschaften weltweit, wenn nicht Menschenrechte und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen weltweit gestärkt werden. Der Ansatz zu Energie- und Rohstoffpartnerschaften betont ein staatszentriertes Entwicklungsverständnis. Die Stärke Deutschlands in diesem Bereich war aber immer auch der Fokus und die Stärkung der Zivilgesellschaft vor Ort. Aufstrebende Gesellschaften müssen genau so in den Blick genommen werden – als Gesellschaften. Gerade in Regionen mit fragiler Staatlichkeit.

Deutschland ist ein wirtschaftlich wie gesellschaftlich reiches und wohlhabendes Land. Es ist im politischen Interesse Deutschlands, einen wirk-

samen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, wachsenden sozialen Ungleichheiten, Bedrohungen durch Pandemien oder die Folgen von Kriegen und anderen gewaltsamen Konflikte zu leisten. Gerade deshalb ist es jetzt so wichtig, die Entwicklungspolitik als zentrales Politikfeld zu stärken und aufzuwerten, anstatt sie außenpolitisch zu vereinnahmen. Daran wird sich die neue Bundesregierung messen lassen müssen.



Dr. Klaus Schilder und Jonas Wipfler

Klaus Schilder ist Referent für Entwicklungsfinanzierung, Jonas Wipfler Leiter der Repräsentanz Berlin beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR.



© FIAN Deutschland

SOZIALES ENGAGEMENT MIT RENDITE

Der problematische Win-win-Narrativ der Entwicklungsbanken am Beispiel der DEG

Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH – kurz DEG – hat den öffentlichen Auftrag, als Finanzierer der Privatwirtschaft die Entwicklungspolitik des Bundes zu flankieren. Sie hat ein unglaubliches Wachstum hingelegt mit Gewinnen aus den Ländern, in denen sie Entwicklung ankurbeln soll. Sie steht damit beispielhaft für den wachsenden Konflikt der Entwicklungsfinanzierung zwischen Gewinnmaximierung und gemeinnützigem Auftrag. Die Zahlen legen nahe, dass der Konflikt systematisch zu Gunsten der eigenen Gewinne ausgeht.

Die DEG wurde 2001 vom Bund an die KfW-Bankengruppe übergeben und wirtschaftet seitdem eigenständig mit dem ehemals vom Bund bereitgestellten Geld. Sie „verfolgt

ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“¹ und ist entsprechend von Steuern befreit. Seit Beginn des Jahrtausends schreibt die DEG eine fast schon unglaubliche Erfolgsgeschichte. Ihre

Gesamtinvestitionen wuchsen laut Jahresberichten um 1.000 % von einer auf heute über elf Milliarden Euro. Wohl kaum eine private Bank hat eine solches Wachstum hingelegt. Dies wirft die Fragen auf, wie eine „selbstlos“² tätige Bank wirtschaftlich derart erfolgreich sein kann. Die Zahlen widersprechen auch dem eigenen Anspruch, dass die Bank in Kontexten investiert, in die sich private Investoren ob des Risikos nicht trauen.

Die Frage ist entsprechend, ob nicht ein erheblicher institutioneller Interessenskonflikt besteht zwischen dem Gewinninteresse der DEG und ihrem entwicklungspolitischen Auftrag. Wäre das der Fall, ginge das systematisch zu Lasten der eigentlichen Zielgruppe der Entwicklungspolitik, den armen Bevölkerungsschichten des Globalen Südens. In der Ukraine bspw. investiert die DEG seit Kriegsbeginn keine eigenen Gelder mehr, weil sie das Ausfallrisiko der Kredite nicht tragen will. Vielmehr arbeitet sie dort mit direkten Zuschüssen des Bundes.

Vor diesem Hintergrund ist auch die anhaltende Kritik an der DEG aus Bundestag und Zivilgesellschaft zu sehen: Intransparenz, Finanzierung von Akteuren, die einer positiven Entwicklungswirkung entgegenstehen, ökologisch schädliche Investitionen und eine Ignoranz gegenüber menschenrechtlichen Belangen.³

Von Bank zu Bank: Entwicklungsfinanzierung über Finanzintermediäre

Die DEG finanziert heute nur noch wenige Unternehmen direkt. Den bedeutenderen Teil ihres Geschäftswickels wickelt sie über sogenannte Finanzintermediäre ab, also andere Banken und Investmentfonds. Diese reichen dann das Geld weiter an die Privatwirtschaft. Von den Neuzusagen im Jahr 2023 (insg. 1,9 Mrd. Euro) entfielen lediglich 23 % auf Unternehmen. 73 % entfielen auf Intermediäre, darunter Banken (39 %), Fonds (25 %) und Projekte (13 %). Vor allem diese Finanzierungen der DEG sind kaum nachzuvollziehen. Durch die „Zwischenhändler“ wird verschleiert, wo genau das Geld eine entwicklungspolitische Wirkung entfalten soll und wer von den Geldern – neben der DEG selbst – profitiert. Denn selbstverständlich agieren die Intermediäre mit Profitinteresse. Das wird auch an den Länderlisten der DEG-Finanzierungen deutlich. Etwa zwei Drittel der Fondsbeteiligungen und etwa ein Drittel der direkten Unternehmensbeteiligungen gingen 2022 an Offshore-Finanzplätze (OFCs), allen voran auf den Kaimaninseln und Mauritius.

Tatsächlich wachsen Anzahl und Volumen der Finanzierungen in Offshore-Finanzplätzen stetig an: 2016 hielt die DEG 113 Beteiligungen mit einem Volumen von 0,7 Mrd. Euro. 2023 waren es 179 Beteiligungen mit einem Volumen von 1,5 Mrd. Euro. Und so potenziert sich auch die mangelnde Transparenz der DEG mit mangelnder Transparenz in Offshore-Finanzplätzen.

Räuberpistole anstatt Armutsbekämpfung: das Beispiel Pandora Papers

Die Investitionen der DEG in den Finanzsektor scheinen sehr lukrativ. Welche problematischen Geschäfte hinter dem intransparenten Gebaren der Bank schlummern können, haben auch die Veröffentlichungen der Pandora Papers gezeigt, des bis dato größten Datenleaks aus Steueroasen. 2021 wurden so Details zu einem DEG-Kredit an die zentralamerikanische Bank Promerica bekannt. Der vertraglich vereinbarte Finanzierungszweck war demnach der Aufkauf von Anteilen an weiteren Banken in Lateinamerika. Dies wohlgermerkt in einer Region mit einem bereits völlig überbordenden Banken- und Finanzsektor, der auch als internationales Drehkreuz für Geldwäsche bekannt ist.

Mit dem Geld wurden auch keine entwicklungspolitisch relevante Finanzierungslücken geschlossen, da der Gesamtkredit mehrfach überzeichnet war. Die am Kredit beteiligten Banken (darunter hauptsächlich privatwirtschaftliche Banken) haben vertraglich festgehalten, wer in erster Linie von der Finanzierungsrunde profitiert: Ramiro Ortiz Mayorga, ein Multimilliardär.

Mehr noch: 2017 wurden – auch angesichts des internationalen Drucks – eine Reihe von Banken in Panama wegen Verstößen gegen Antigeldwäschegesetze bestraft. Die größte Strafe von 300.000 US-Dollar entfiel ausgerechnet auf die Multibank, an der die DEG selbst jahrelang mit rund 7 % beteiligt – also Miteigentümer – war.

Finanzierung umwelt- und entwicklungsschädlicher Megaplantagen

Im Agrarsektor finanziert die DEG immer wieder große, industrielle Agrarunternehmen. Seit 2013 hält sie beispielsweise 15,8 % der Anteile des Luxemburger Agrarinvestors PAYCO. Dieser betreibt Landwirtschaft, Viehzucht und Holzwirtschaft in Paraguay und ist mit weit über 100.000 Hektar Land einer der größten Landbesitzer vor Ort. FIAN dokumentierte mehrere Landkonflikte mit der lokalen Bevölkerung. Auf den Sojafarmen und Baumplantagen werden zudem in Deutschland verbotene Pestizide eingesetzt. Die Filmemacherin Gaby Weber fasst in ihrer Dokumentation über PAYCO die DEG-

» Die Entwicklungsbanken sollten auf Offshore-Investitionen möglichst ganz verzichten.

Beteiligung wie folgt zusammen: „In Paraguay hätte also eine Entwicklungshilfeorganisation viel zu tun, aber was macht die Bundesrepublik? Sie wird selbst Großbauer und trägt zur weiteren Entrechtung der Menschen und zur Zerstörung der Umwelt bei.“⁴

In Sambia finanzierte die DEG mehrfach das größte Agrarunternehmen Zambeef. Auch hier geht es um über 100.000 Hektar Land, und auf den Farmen kam es immer wieder zu gewaltsamen Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen. Im Kongo ist die DEG Konfliktpartei bei einem langen Landkonflikt, der auf die frühen 1900er-Jahre zurückgeht, als der Konzern Unilever im damaligen Belgisch-Kongo auf 100.000 Hektar riesige Plantagen anlegte. Im Jahr 2015 finanzierte die DEG das Unternehmen PHC, das die ehemaligen Unilever-Plantagen übernommen hat. Der Darlehensvertrag wurde 2024 durch ein Gerichtsverfahren in Delaware öffentlich. Es enthüllte, dass die europäischen Entwicklungsbanken, inklusive DEG, die Rückgabe von fast 60.000 Hektar Land an die Gemeinden vor Ort verhindert haben.⁵

Stellschrauben vorhanden, politischer Wille fehlt

Die DEG steht beispielhaft für eine Dynamik bei Entwicklungsbanken hin zu Finanzinvestitionen in komplizierte Beteiligungsgeflechte und verschachtelte Finanzierungsflüsse. Auch die KfW Entwicklungsbank hat ihre Investitionen in Fonds von 2016 bis 2023 um 150 % auf 4 Mrd. Euro mehr als verdoppelt.⁶ Die Idee, mit Entwicklungspolitik dicke Geschäfte zu machen, hat Konjunktur.

Durch diese Investitionspraktiken verstärken die Entwicklungsbanken jedoch eine zentrale strukturelle Ursache der anhaltenden Hunger-, Klima- und Biodiversitätskrisen: die wachsende Ungleichheit und den gewaltigen Vermögenszuwachs (inklusive Machtzuwachs), weniger zu Lasten der breiten Bevölkerung. Sie verhindern damit echte und dringend notwendige Transformationen.

Die Entwicklungsbanken sollten daher auf Offshore-Investitionen möglichst ganz verzichten und ihre Fondsfinanzierungen stark reduzieren. Denn letztendlich muss allen klar sein: Je stärker die Entwicklungshilfe in den Bereich des internationalen Finanzkapitals abdriftet, desto mehr wird sie zwangs-

läufig dessen Logik und Arbeitsweise übernehmen. Diese strukturelle Dynamik ist entwicklungspolitisch kontraproduktiv. Leider signalisiert der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung mit einer noch stärkeren Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf deutsche Interessen eher eine Normalisierung dieses entwicklungspolitischen Investmentmodells.



Roman Herre

Der Autor ist Agrarreferent bei FIAN Deutschland und Mitglied der AG Landwirtschaft und Ernährung des Forum Umwelt & Entwicklung.

1 Gesellschaftsvertrag der DEG.

2 Ebd.

3 Siehe bspw. Deutscher Bundestag (2023): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Möhring [...] und der Fraktion DIE LINKE „Transparenz und Rechenschaft bei Investitionen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft im Privatsektor des Globalen Südens“. Drucksache 20/9897. Berlin.

FIAN (2022): VerwG Frankfurt: FIAN-Auskunftsklage gegen KfW stattgegeben. Köln.

Netzwerk Steuergerechtigkeit (2024): Nachhaltige Entwicklung über Offshore-Finanzzentren? Berlin.

4 <https://youtu.be/UWibbMQn9IU>

5 FIAN Belgium (2024): PHC (ex-Feronia) in DRC : New revelations in a palm oil scandal in the DRC. Brüssel.

6 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012903.pdf>



WELTHANDEL VOR PARADIGMENWECHSEL

Handel als Instrument für oder Waffe gegen nachhaltige Entwicklung?

Der internationale Handel ist in den Nachrichten so präsent wie nie zuvor. Die Zollankündigungen der derzeitigen US-Regierung haben die Bemühungen der Welthandelsorganisation (WTO) um die Festlegung von allgemeingültigen Regeln anscheinend zunichte gemacht. Die WTO wurde 1995 unter dem Vorwand gegründet, einheitliche multilaterale Regeln für ein harmonisiertes Funktionieren des globalen Handelssystems zu schaffen und durchzusetzen. Durch den Grundsatz „Ein Land – eine Stimme“ und die Meistbegünstigtenregel wird allen Mitgliedern der gleiche Status eingeräumt. Während der erstgenannte Grundsatz in der globalen Machtdynamik seit Langem an Bedeutung verloren hat, wurde die Meistbegünstigung, die allen Mitgliedern die gleiche Behandlung in Form von Zöllen und anderen Leistungen gewährt, durch die aktuellen US-Zölle praktisch zerstört.

O bwohl die WTO eine Erfindung der Industrieländer ist, insbesondere der USA und der EU, bestand eines der wichtigsten Versprechen an die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) darin, wichtige politische Instrumente für ihre Entwicklung bereitzustellen und ihnen zu helfen, ihren ökonomischen Rückstand aufzuholen. In den 30 Jahren ihres Bestehens wurden diese Versprechen jedoch bei Weitem nicht eingelöst. Trotz des zugrundeliegenden Prinzips der Sonder- und Vorzugsbehandlung (Special and Differential Treatment, SDT), das Entwicklungsländern und LDCs zumindest im Prinzip eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung der Verpflichtungen einräumt, und der vermeintlich strengen Disziplinen für die Industrieländer sind die sog. Bemühungen um mehr Gerechtigkeit durch Handelsregeln hoffnungslos gescheitert.

Das Nord-Süd-Gefälle in der aktuellen Handelspolitik

In einigen Entwicklungsländern, vor allem in Asien, hat die Handelspolitik eindeutig zu Wachstum und Entwicklung beigetragen, insbesondere in China. Die meisten Entwicklungsländer und LDCs sehen sich jedoch nach wie vor mit den durch die WTO-Abkommen auferlegten Handelsregeln konfrontiert und können Handel nicht als Instrument für Entwicklung nutzen. Sehr ungerechte Regeln in den Abkommen über Landwirtschaft, Industrieprodukte, Dienstleistungen und geistiges Eigentum haben die Ungleichheiten zwischen Globalem Norden und Globalem Süden verschärft und Letzteren daran gehindert, eine nachhaltige Entwicklungspolitik zu verfolgen. Der dringend benötigte Strukturwandel, vor allem in Afrika, blieb aus, während die Abhängigkeit von Rohstoffexporten anhielt.

Diese Trends wurden durch die bilateralen und zunehmend auch regionalen Handelsabkommen, die allgemein als Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements, FTA) bezeichnet werden, noch verschärft. Die derzeit 374 FTA gehen weit über den Geltungsbereich der WTO hinaus. Neben einer intensiveren Liberalisierung in bestehenden fallen auch neue Bereiche in ihren Geltungsbereich wie die Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte, die digitale Wirtschaft und der elektronische Handel, Nachhaltigkeit, Energie und Rohstoffe. Zusätzlich zu den Handelsabkommen beinhalten bilaterale Investitionsabkommen (Bilateral Investment Treaties, BITS) und Investitionskapitel in FTA große Zugeständnisse an multinationale Unternehmen und stellen die Regierungen der Entwicklungsländer vor große Herausforderungen bei der Politikgestaltung.

Die WTO und mehr: globale Institutionen und Prozesse

Die Rolle anderer globaler Institutionen und Prozesse bei der Gestaltung der Handelspolitik als Instru-

ment für Entwicklung war eher begrenzt. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD, mittlerweile in UN Trade and Development umbenannt), hatte den Auftrag, Entwicklungsländer mit Forschung und technischer Unterstützung bei Verhandlungen und Folgenabschätzungen zu unterstützen. Ihr Mandat wurde seit ihrer Gründung immer weiter geschwächt.

Der Financing for Development-Prozess (FfD) wurde 2002 in Monterrey mit dem Mandat ins Leben gerufen, die wichtigsten politischen Bereiche für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen und nicht-finanziellen Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsbemühungen der Entwicklungsländer und LDCs zu erörtern. Einer der unter FfD behandelten Themenbereiche ist der Handel. Da die Handelspolitik jedoch einflussreichere Institutionen wie die WTO hat, wurde sie im FfD-Prozess bisher eher vernachlässigt. Mit der für Ende Juni 2025 in Sevilla anberaumten vierten FfD-Konferenz (FfD4) scheint es jedoch einen Hoffnungsschimmer für eine stärkere Berücksichtigung der Handelspolitik zu geben, die derzeit einige der wichtigsten Anliegen der Entwicklungsländer und der LDCs widerspiegelt.

Handelspolitischer Spielraum für nachhaltige Entwicklung

Mit der Zeit ist der politische Spielraum für nachhaltige Entwicklung als Bestandteil der Handelspolitik geschrumpft. Entwicklungsländer und LDCs weisen schon seit geraumer Zeit darauf hin, dass sie in verschiedenen Bereichen dringend politischen Handlungsspielraum benötigen: für Industrialisierung und Strukturwandel, vor allem in Afrika, für die Gewährleistung von Nahrungsmittelsicherheit und Gesundheit, für die Entwicklung und das Wachstum der Landwirtschaft, für die Sicherstellung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Sicherung des Lebensunterhalts, für den Schutz natürlicher Ressourcen und Rohstoffe sowie für die Regulierung der immer weiter expandierenden multinationalen Unternehmen. Es ist klar, dass sich die Gestaltung der Handels- und Investitionspolitik von der Notwendigkeit, freie Märkte durch uneingeschränkte Liberalisierung zu gewährleisten, auf die Erweiterung und Sicherung des politischen Spielraums für die Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens verlagern muss. Das ist bisher nicht gelungen. Es gibt viele Bereiche, die Aufmerksamkeit erfordern:

Ein historisch wichtiges Thema, das gerade jetzt für Schlagzeilen sorgt, sind **Zölle**. Die Marktliberalisierung durch Zollsenkungen ist ein wichtiges Ziel sowohl der WTO als auch der Freihandelsabkommen. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass sich die Industrieländer im Rahmen der Verhandlungen der Uruguay-Runde, aus denen die WTO hervorging, zu einer erheblichen Senkung der Zölle bereit erklärten hatten, während Entwicklungsländer höhere (Höchst-)Zölle als Instrument für ihre Entwicklung



Mit der Zeit ist der politische Spielraum für nachhaltige Entwicklung als Bestandteil der Handelspolitik geschrumpft.

beibehalten durften. Sie bezahlten dafür, indem sie in den Bereichen Dienstleistungen, Industriehandel und geistiges Eigentum erhebliche Zugeständnisse machten, was sich für sie als kostspielig erwies. Sie werden weiterhin im Rahmen der WTO und noch stärker durch die Freihandelsabkommen zur Öffnung ihrer Märkte gedrängt. Doch nun lässt die amerikanische Haltung zu Zöllen diese Geschichte und dieses Gleichgewicht völlig außer Acht und setzt Zölle in einem fieberhaften Ausmaß als Waffe ein.

Im Gegenzug für niedrige Zölle konnten die Industrieländer stärkere Schutzmaßnahmen beibehalten, nämlich **Subventionen und Normen**. Die massiven Agrarsubventionen in den Industrieländern hatten Landwirte in den Entwicklungsländern seit der Vor-WTO-Ära unter Druck gesetzt. Doch, anstatt das Problem zu lösen, gestatteten die ungerechten WTO-Regeln den Industrieländern zusätzliche feste Subventionsansprüche, während sie die Subventionen der Entwicklungsländer begrenzte, was deren politischen Spielraum für das Wachstum ihres Agrarsektors einschränkte. Darüber hinaus haben hohe nichttarifäre Maßnahmen wie Quoten und Lebensmittel- und Medizinstandards auf den Märkten der Industrieländer die Exportmöglichkeiten vieler Entwicklungsländer blockiert. Ähnliche Probleme gibt es bei Industrieprodukten, die die Produzenten in den Entwicklungsländern und LDCs oft auf das untere Ende der globalen Wertschöpfungsketten beschränkt haben.

Die Unfähigkeit, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen, wird auch durch die **Kontrolle über Technologie** gewährleistet. Dies ist ein weiterer Bereich der Ungleichheit und der Hindernisse, der auf die strengen Regeln für geistiges Eigentum zurückzuführen ist, die durch das Abkommen der WTO über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) propagiert und in den Freihandelsabkommen über diese Verpflichtungen hinaus ausgedehnt wurden. Diese Regeln für geistiges Eigentum haben die Regierungen der Entwicklungsländer gezwungen, Monopole für neue Technolo-

gien und Produkte zu gewähren, die sich in den Händen von multinationalen Konzernen mit Sitz im Globalen Norden konzentrieren, wofür China eine seltene Ausnahme darstellt. Das schädlichste dieser Instrumente sind Patente, vor allem im Bereich der medizinischen Technologien wie Medikamente, Impfstoffe und Diagnostika. Dies hat zu einem massiven Anstieg der Preise für solche Produkte geführt. Der fehlende Zugang zu COVID-19-Impfstoffen ist nach wie vor die eklatanteste Auswirkung solcher Regeln in jüngster Zeit. Der Schutz geistigen Eigentums bedroht auch nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken, indem er den Zugang zu Saatgut und Pflanzensorten kontrolliert, die biologische Vielfalt beeinträchtigt und Biopiraterie erleichtert.

Die **digitale Wirtschaft** hat in den letzten Jahrzehnten im Handelsdiskurs zunehmend an Bedeutung gewonnen. E-Commerce-Kapitel und -Abkommen werden sowohl in der WTO (als plurilaterales Abkommen zwischen einigen Mitgliedern) als auch in den Freihandelsabkommen vor allem von Industrieländern wie den USA und der EU gefördert, der Heimat globaler digitaler Konzerne. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die nationale Entwicklung und Gestaltung der digitalen Wirtschaft und insbesondere auf die Politik der digitalen Industrialisierung in den Entwicklungsländern. Insbesondere die Forderung nach der Abschaffung von Zöllen auf die elektronische Übertragung von digitalen Waren und Dienstleistungen und nach freiem Datenverkehr bedeutet für Entwicklungsländer nicht nur Einnahmeverluste, sondern auch den Verlust des Eigentums und der Kontrolle über die eigenen Daten, die ein entscheidender Rohstoff für die nächste industrielle Revolution sind.

Die Öffnung der Märkte für ausländische Direktinvestitionen wird als die größte Chance für Entwicklungsländer und LDCs angepriesen. Es ist jedoch erwiesen, dass **ausländische Direktinvestitionen** nur dann zur Entwicklung beitragen können, wenn sie so konzipiert und konditioniert sind, dass sie inländischen Entwicklungszielen dienen. Weltweit gibt es

2.847 BITS und 485 FTAs¹, von denen die meisten eine Klausel namens Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) enthalten. Diese Klausel ermöglicht es ausländischen Investoren, nationale Regierungen in geheimen internationalen Schiedsverfahren auf hohe Summen zu verklagen, wenn sie glauben, dass ihre erwarteten Gewinne durch eine Änderung der Regierungspolitik geschmälert werden. Bislang wurden weltweit 1.401 solcher ISDS-Verfahren über Milliarden von Dollar eingeleitet.² Diese Fälle haben nachhaltige Entwicklung blockiert, einschließlich Umwelt- und Klimamaßnahmen, Finanzregulierung, Maßnahmen im Zusammenhang mit öffentlicher Gesundheit und natürlichen Ressourcen, Rechte von Arbeitnehmern und indigenen Gemeinschaften und vieles mehr. Fast alle Entwicklungsländer und die meisten Industrieländer haben solche Fälle verloren, aber die Einnahmeverluste und die politische Abkühlung waren für Erstere unerschwinglich.

Schließlich sind **Klima und Nachhaltigkeit** ein neues Thema in der WTO und den Freihandelsabkommen. Während Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen, d. h. wirtschaftlich, sozial und ökologisch, ein verbindliches Ziel für alle Länder bleibt, besteht die Gefahr, dass sie zu einem Machtinstrument in Handelsabkommen wird. Die Auferlegung von Nachhaltigkeitsstandards benachteiligt die Produzenten in Entwicklungsländern, die sich um eine Umstellung auf umweltfreundlichere Prozesse bemühen. Die einseitigen umweltbezogenen Handelsmaßnahmen der EU, z. B. der Kohlenstoffgrenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) und die Entwaldungsrichtlinie, erheben eine Grenzsteuer auf Exporte aus Entwicklungsländern. Interessanterweise gehen diese Maßnahmen nicht auf inhaltliche Fragen ein, z. B. ISDS, die zu einem Raubbau an natürlichen Ressourcen geführt haben, was sich jetzt deutlich im Kampf um kritische Mineralien zeigt. Sie schränken auch nicht die Regeln für geistige Eigentumsrechte ein, die den Zugang zu Saatgut blockieren und biologische Vielfalt beeinträchtigen. Derartige Maßnahmen bieten keinen Finanz- und Technologietransfer. Bei diesen Maßnahmen scheint es eher darum zu gehen, die Marktkontrolle über Produkte und Dienstleistungen des Gastlandes zu erlangen. Entwicklungsländer haben gefordert, dass die Diskussionen über Nachhaltigkeit und Handel multilateral geführt werden müssen, die historische Verantwortung der Industrieländer anerkennen und nicht zu Waffen werden dürfen, um den Ländern des Globalen Südens kommerzielle Nachteile zu verschaffen und sie von ihrem Entwicklungsweg abzuschneiden.

Wo stehen wir in dem derzeitigen Chaos?

Angesichts der seit Langem bestehenden Ungerechtigkeit im globalen Handels- und Investitionssystem steht die Handelspolitik vor einem Paradigmenwechsel. Kann nun ein gerechterer und ausgewogener Weg eingeschlagen werden und Handel zum Instru-

ment für nachhaltige Entwicklung werden oder wird die historische Ungerechtigkeit einen neuen Höhepunkt erreichen? Wird die Welt nun Machtkonfigurationen erleben, die das Nord-Süd-Gefälle überwinden, oder wird sich die Spaltung sogar noch verstärken, wenn sich die Entwicklungsländer zu einem neuen Bündnis des Südens zusammenschließen?

In dieser Situation kommt der bevorstehenden FfD4-Konferenz und der 14. WTO-Ministerkonferenz, die für 2026 geplant ist, große Bedeutung zu. Einige Themen wie ISDS-Reform, unilaterale Handelsmaßnahmen (einschließlich Zölle) und politischer Handlungsspielraum werden aktuell bei FfD4-Konferenz erörtert, jedoch nicht ehrgeizig genug. Bei der WTO-Ministerkonferenz werden kritische Fragen im Zusammenhang mit Landwirtschaft, WTO-Reform, Streitbeilegung und plurilateralen Abkommen auf der Agenda stehen. Die Rolle und die Fähigkeit von UNCTAD, Entwicklungsländer beim Einsatz von handels- und investitionspolitischen Maßnahmen zu unterstützen, wird auch auf der bevorstehenden vierjährigen Sitzung der UNCTAD im Oktober 2025 in Vietnam auf dem Prüfstand stehen.

Dies sind Lackmustests nicht nur für Entwicklungsländer und LDCs, sondern auch für globale Institutionen und Prozesse; es bleibt abzuwarten, ob sie die Bürger des Globalen Südens unterstützen oder im Stich lassen werden.



Ranja Sengupta

Die Autorin ist Senior Researcher bei Third World Network und Koordinatorin dessen Handelsprogramms.

- 1 UNCTAD (2025): International Investment Agreements Navigator. Genf.
- 2 UNCTAD (2025): Investment Dispute Settlement Navigator. Genf.



PRIVATE PROFITE, ÖFFENTLICHE KRISEN

Warum die internationale Schuldenarchitektur dringend reformiert werden muss – und wie eine Lösung aussehen kann

In den Jahren 2025 bis 2027 müssen 47 Länder im Globalen Süden durchschnittlich mehr als 15 % ihrer jährlichen Staatseinnahmen für den Schuldendienst an ausländische Gläubiger aufbringen. In 28 weiteren Staaten liegt die jährliche Schuldenlast mit zwischen 10 und 15 % ebenfalls auf hohem Niveau.¹ Angesichts eines derart knappen fiskalischen Handlungsspielraums ist es schwierig bis unmöglich, die SDGs zu erreichen. Man kann angesichts der Lage von einer ausgewachsenen Schuldenkrise sprechen. Die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf diese Krise bleibt allerdings hinter dem Erforderlichen zurück. Vor allem fehlt bis heute ein verbindliches, transparentes und institutionell eingebettetes Verfahren zum Umgang mit Staatsschuldenkrisen.

Die **aktuelle Schuldenkrise** ist das Ergebnis einer marktorientierten Ausrichtung in der Entwicklungsfinanzierung über die letzten Jahrzehnte sowie der strukturellen Benachteiligung der Länder des Globalen Südens im internationalen Finanzsystem. Nach der Finanzkrise

2008 suchten Investoren aus dem Globalen Norden nach neuen Anlagemöglichkeiten und fanden sie im Globalen Süden, wo hohe Zinsen lockten. Dieser Kapitalfluss wurde gezielt von internationalen Institutionen wie der Weltbank gefördert, die durch die Hebelung privater Mittel ihre Aktivitäten auszu-

weiten versuchten. Auch China trat als Kreditgeber auf den Plan und finanzierte bspw. im Rahmen der Neuen Seidenstraßen-Initiative großflächig Infrastrukturprojekte.² Das Ergebnis war eine massive Kreditexpansion, die zum Aufbau hoher Auslandsverschuldung führte.

Ab dem Einbruch der Rohstoffpreise 2015 und verschärft durch die Pandemie, den Krieg in der Ukraine und geopolitische Spannungen versiegte dieser Kapitalstrom. Ausschlaggebend war auch die Zinswende, die ab 2022 von den USA ausging. Zahlten Länder des Globalen Südens 2020 im Schnitt 4 % Zinsen auf die Ausgabe neuer Staatsanleihen, waren es 2024 bereits 6 %, die Länder Subsahara-Afrikas sogar fast 8 %. Vierzehn Länder gaben 2023 und 2024 US-Dollar denominierte Staatsanleihen zu Zinssätzen von mehr als 8 % aus. Eine Kreditaufnahme zu solch hohen Zinssätzen verschleppt die Lösung von Schuldenkrisen, anstatt sie durch umfassende Schuldenstreichungen nachhaltig zu überwinden.

Wenn Umschuldung nicht hilft: das strukturelle Versagen der Schuldenarchitektur

Obwohl Überschuldung kein neues Problem ist, gibt es nach wie vor keinen verbindlichen, transparenten und fairen Prozess zur Lösung von Schuldenkrisen. Stattdessen dominieren Ad-hoc-Verfahren, bei denen die Gläubiger die Regeln bestimmen. Wenn Schuldnerstaaten in die Situation kommen, über Anpassungen der Zahlungsverpflichtungen und Schuldenstreichungen zu verhandeln, müssen sie sich den Regeln des Pariser Clubs beziehungsweise des Common Frameworks der G20-Staaten unterwerfen, also Zusammenschlüssen von Gläubigerstaaten, darunter auch Deutschland. Die Gläubigerstaaten verpflichten Schuldnerstaaten in aller Regel, ein Kreditprogramm beim IWF aufzunehmen und die darin vorgesehenen wirtschaftspolitischen Auflagen umzusetzen. Diese Auflagen zielen gewöhnlich darauf ab, die Rückzahlung an die Gläubiger im größtmöglichen Umfang zu gewährleisten und dafür etwa die Wirtschaft des Landes weiter auf Exporte auszurichten und öffentliche Ausgaben im Inland umfassend zu kürzen. Der IWF spielt zudem eine wichtige Rolle, da er – bei Niedrigeinkommensländern gemeinsam mit der Weltbank – den Umfang der notwendigen Schuldenerleichterungen (wie Streichungen, Zinssenkungen oder Laufzeitverlängerungen) berechnet, um eine „tragfähige“ Verschuldungssituation zu erreichen.

Diese Praxis weist mehrere Mängel auf: Zum einen sind IWF und Weltbank selbst Gläubigerinstitutionen, beanspruchen aber eine privilegierte Stellung in der internationalen Schuldenarchitektur und beteiligen sich daher selbst nicht an Schuldenstreichungen. Zudem werden sie von Gläubigerstaaten dominiert: Die G7 und EU-Staaten halten zusammen über 50 % der Stimmrechte bei IWF und Weltbank. Zum anderen wird keine Men-

schenrechtsfolgeabschätzung vorgenommen, um die Auswirkung der Schuldentrückzahlungen und der geforderten wirtschaftlichen Anpassungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der Bevölkerung des Schuldnerlandes zu berücksichtigen. Und es gibt keine rechtliche Verpflichtung, dass Gläubiger den berechneten Schuldenerlass tatsächlich gewähren.

Das führt zu absurden Situationen: Weil menschenrechtliche und ökologische Kriterien fehlen, berechnen IWF und Weltbank den Bedarf für Schuldenerlasse oft von vornherein zu niedrig. Und selbst geringe Erleichterungen werden von Gläubigern – insbesondere privaten Gelegern – oft nicht gewährt. So etwa bei der Umschuldung Surinams 2023. Der IWF hatte ursprünglich berechnet, dass private Gläubiger 40 % der Nominalforderungen streichen müssten. Letztlich wurden jedoch auf dem Papier nur 25 % der Nominalforderungen gestrichen. Dieser Betrag wurde jedoch nahezu vollständig durch die Strafzinsen aufgeessen, die aufgrund des deutlich verlängerten Verhandlungsprozesses – bedingt durch das unkooperative Verhalten der privaten Akteure – höher ausfielen als ursprünglich vom IWF angenommen.

Soziale Repression statt struktureller Reformen

Die mangelnde Aussicht auf echte Erleichterung sorgt dafür, dass viele Länder Umschuldungen vermeiden. Stattdessen werden Haushaltskürzungen, Privatisierungen und Steuererhöhungen durchgesetzt, meist zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten. So vermeidet etwa die kenianische Regierung trotz einer sehr hohen Auslandsschuldenlast bisher Umschuldungsverhandlungen und hat stattdessen Subventionen für lebenswichtige Produkte abgeschafft und regressive Steuern auf Güter des alltäglichen Bedarfs eingeführt.³ Im Sommer 2024 kam es zu landesweiten Protesten gegen die in diesem Kontext von der kenianischen Regierung vorgestellten Finance Bill. Diese wurden von den kenianischen Sicherheitskräften gewaltsam unterdrückt; zahlreiche Menschen kamen ums Leben.

Viele Schuldnerländer bleiben mangels unzureichender Erlasse zudem in nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodellen gefangen. So etwa in Surinam, wo nun die Erschließung neu entdeckter Offshore-Öl- und Gasfelder beabsichtigt wird. Die privaten Gläubiger konnten durchsetzen, dass in der Umschuldungsvereinbarung eine Klausel eingeführt wurde, durch die sie von der zukünftigen Ölförderung profitieren und für die minimalen Erleichterungen, die bei der Umschuldung gewährt wurden, mehr als entschädigt werden.

Reformblockade und Auswege

Eine andere Schuldenpolitik ist möglich – und lange überfällig. Seit Jahrzehnten fordern Länder des Globalen Südens, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen ein gerechtes, verbindli-



Die Schuldenkrise duldet keinen Aufschub – die Zeit zu handeln ist jetzt!

ches Entschuldungsverfahren unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Zentrale Merkmale eines solchen Verfahrens sollten sein:

- » Die Feststellung des Schuldenerlassbedarfs durch eine unabhängige Institution im Rahmen eines transparenten Verfahrens;
- » eine menschenrechtliche Folgeabschätzung als Bewertungsgrundlage für die Bestimmung der Schuldentragfähigkeit und des Erlassbedarfs;
- » eine rechtliche Verpflichtung aller Gläubiger zur Beteiligung an der Umschuldung – analog zu nationalen Insolvenzverfahren.

Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) im Juni 2025 hat diese Forderungen zurück auf die internationale Agenda gebracht. Länder des Globalen Südens, darunter die Afrikanische Staatengruppe und die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS), sprechen sich klar für solche strukturelle Reformen aus. Doch wie schon in der Vergangenheit stellen sich Länder des Globalen Nordens, darunter Deutschland und die EU, bisher gegen diese Vorstöße. Stattdessen beharren sie darauf, schuldenpolitische Entscheidungen in den von ihnen kontrollierten Institutionen zu treffen.

Auch auf nationaler Ebene lassen sich Hebel nutzen, um einer gerechteren internationalen Schuldenarchitektur näher zu kommen. So wurde in der vergangenen Legislaturperiode unter anderem durch eine vom Entwicklungsministerium beauftragte Studie bestätigt, dass ein deutsches Safe-Harbour-Gesetz wirksam und rechtlich umsetzbar wäre. Ein solches Gesetz macht es privaten Gläubigern unmöglich, internationale Restrukturierungsverhandlungen auf den Rechtsweg in Deutschland zu unterlaufen und könnte so dazu beitragen, die gleichwertige Beteiligung von Investmentbanken, -fonds und anderen privaten Akteuren an Schuldentreibungen sicherzustellen.⁴

Das Anliegen der Kampagne Erlassjahr2025, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit

getragen wird, ist es, den politischen Druck zu erhöhen, damit diese längst identifizierten Reformoptionen auf nationaler und internationaler Ebene nicht länger aufgeschoben, sondern endlich auf den Weg gebracht werden: Die Schuldenkrise duldet keinen Aufschub – die Zeit zu handeln ist jetzt!



Malina Stutz

Die Autorin ist politische Referentin beim deutschen Entschuldungsbündnis erlassjahr.de.

- 1 Stutz, Malina (2025): Auslandsschuldenlast weltweit. In: erlassjahr.de/MISEREOR: Schuldenreport 2025. Düsseldorf/Aachen.
- 2 Zur Zusammensetzung der Gläubigerstruktur siehe Stutz, Malina (2025): Gläubiger von Staaten im Globalen Süden. In: erlassjahr.de/MISEREOR: Schuldenreport 2025. Düsseldorf/Aachen.
- 3 Ebd.
- 4 Stutz, Malina (2022): Das Potenzial nationaler Gesetze für die faire Lösung globaler Schuldenkrisen. Düsseldorf.



© WEED e.V.

WELTWEITE KRISEN VERLANGEN NACH SYSTEMISCHEN REFORMEN

Zur aktuellen Debatte um die Reform der internationalen Finanzarchitektur

Seit der COVID-19-Krise gibt es eine rege Diskussion um die Reform der internationalen Finanzarchitektur. Bisher wurden jedoch nur wenige oberflächliche Maßnahmen beschlossen. Der langjährige Unwille europäischer Staaten, systemische Reformen in Betracht zu ziehen, statt auf kleinere Korrekturmaßnahmen bei den Bretton-Woods-Institutionen zu setzen, fällt ihnen nun unter Donald Trump auf die Füße. Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) wäre die optimale Chance, diesen Kurs zu korrigieren, neue Partnerschaften zu pflegen und dafür auch Zugeständnisse zu machen.

In den vergangenen Jahren haben sich diverse Krisenphänomene weiter zugespitzt und dabei verdeutlicht, wie dysfunktional und ungerecht die bestehende internationale Finanzarchitektur ist. Insbesondere die COVID-19-Krise hat die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten zwischen Nord und Süd und die strukturellen Ungleichheiten

in der internationalen Finanzarchitektur deutlich gemacht. Während reiche Staaten zu sehr niedrigen Zinsen milliardenschwere Konjunkturprogramme aufsetzten, fehlte vielen Staaten im Globalen Süden ausreichend finanzieller Spielraum. Die auf die Pandemie folgende rapide Anhebung der Leitzinsen in den USA und in der Eurozone verschärfte die Si-

tuation weiter und führte in Ländern des Globalen Südens zu steigenden Kreditkosten, Kapitalflucht und Währungsabwertungen. Dass jahrzehntelang vor allem auf marktbasierende Finanzinstrumente gesetzt wurde, ist ein wesentlicher Faktor in der aktuellen Schuldenkrise. Viele Länder konnten primär über Anleihen an internationale Gelder gelangen, auf die sie jedoch sehr hohe Zinsen zahlen müssen.

Krisen befeuern Reformdiskussion

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren (wieder) vermehrt über eine Reform der internationalen Finanzarchitektur diskutiert und gestritten. Es gab verschiedene Vorschläge für Reformansätze: von den verschiedenen Versionen der Bridgetown Initiative aus Barbados über Vorschläge des UN-Generalsekretärs António Guterres bis hin zu zivilgesellschaftlichen Positionen.¹

Die Kritik an der bestehenden internationalen Finanzarchitektur lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Das Volumen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel ist nicht ausreichend.
2. Die Vergabebedingungen für Finanzmittel sind zu hart (z. B. hohe Zinsen und andere Konditionalitäten).
3. Die Mitbestimmungsrechte in zentralen internationalen Organisationen und anderen Gremien, die aktuell de facto über Regeln, Standards und Bedingungen entscheiden, sind extrem ungleich verteilt zwischen Nord und Süd.

Hinzu kommen strukturelle Asymmetrien wie die Dominanz des US-Dollars als internationaler Leitwährung.

„Die internationale Finanzarchitektur“ – was ist das eigentlich?

„Die internationale Finanzarchitektur bezeichnet die Lenkungsmechanismen, die die Stabilität und Funktionsfähigkeit des globalen Währungs- und Finanzsystems gewährleisten. Sie hat sich nach und nach, häufig ad hoc und in Abhängigkeit von den politischen Präferenzen großer Volkswirtschaften und als Reaktion auf wirtschaftliche und finanzielle Schocks und Krisen entwickelt.“² Hinzuzuzählen sind u. a. öffentliche Finanzinstitutionen IWF und Weltbank, Normsetzungsorgane wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, informelle Clubs wie G7 oder G20, Gläubigerabsprachen zum Umgang mit zu hoher Staatsverschuldung wie der Pariser Club oder der G20 „Common Framework“, globale Ratingagenturen sowie die Vereinten Nationen.

Wichtig zu verstehen ist, dass es sich nicht um einen abgeschlossenen Begriff und erst recht nicht um ein kohärentes System handelt, sondern dass die Fragen, was genau hinzuzählt, was reformiert werden sollte und vor allem wo und wie welche Entschei-

dungen und Absprachen getroffen werden, politisch hart umkämpft sind.

Systemische Reformen oder Erhalt des Status quo

Dies zeigt sich auch in den Verhandlungen zu FfD4. Von vielen Staaten aus dem Globalen Süden sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde ein breites und systemisches Verständnis der Reform der internationalen Finanzarchitektur eingefordert, für die gerade der inklusive FfD-Prozess gute Voraussetzungen bietet. Vorschläge zielen darauf ab, endlich die massive Regelungslücke im Umgang mit Staatsinsolvenzen zu schließen, durch ein faires und inklusives Vorgehen in den UN, ebenso wie auf die Reform von Kreditratingagenturen, einer besseren Regulierung von Vermögensverwaltern, sowie die Demokratisierung und Stärkung der Mitbestimmungsrechte aller Länder in wesentlichen Entscheidungen. Die Liste ist lang.

Die USA und europäische Staaten zeigten sich hingegen bemüht, systemische Fragen primär auf IWF und Weltbank zu reduzieren. Das ist selbstverständlich kein Zufall, sondern ein Akt der Besitzstandswahrung. Sie verfügen in beiden Organisationen dank der ungleichen Stimmrechtsverteilung und anderer Mechanismen über enormen Einfluss und wirtschaftliche Gestaltungsmacht.

Aktuell fällt es Deutschland und anderen europäischen Staaten leicht, ihre häufig geringen Ambitionen auf die schwierige geopolitische Lage und die blockierende Rolle der USA unter Donald Trump zu schieben. In der Debatte um die Reform der internationalen Finanzarchitektur kann dies nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass auch vor Trump ihr Hauptfokus auf einer Stärkung von Weltbank und IWF lag. Bei beiden Organisationen wurde in den letzten Jahren viel politische Aufmerksamkeit auf Prozesse verwendet, die zwar den Anschein der Reform und Neuerung erwecken, die aber am Kern des Problems vorbeigehen und von der Notwendigkeit systemischer Reformen ablenken. Nun wird diesen Reformprozessen in der Ära Trump ihre offizielle Legitimation – die Stärkung der Klimafinanzierung – unter den Füßen weggezogen.

» Die USA und europäische Staaten sind bemüht, systemische Fragen primär auf IWF und Weltbank zu reduzieren.

IWF und Weltbank

Der neue Klimafonds des IWF (Resilience and Sustainability Trust, RST) speist sich vor allem aus weitergeleiteten Sonderziehungsrechten (SZR, eine Art globaler Reservewährung) von reichen Staaten und ermöglicht es dem IWF erstmals in seiner Geschichte, langfristige Kredite mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu vergeben. Im Jahr 2021 hatte der IWF SZR im Wert von 650 Mrd. US-Dollar ausgeschüttet. Die Verteilung geschah jedoch anhand der ungleichen Quoten im IWF. Deutschland erhielt so mehr SZR als alle Länder Afrikas zusammen. Ein Bruchteil der SZR reicher Länder (47 Mrd.) sind nun zurück an den RST des IWF geflossen. Anfängliche Hoffnungen darauf, dass durch systemische Reformen SZR als Instrument deutlich besser genutzt werden könnten für die Finanzierung von Klimaschutz und die Bewältigung anderer Krisen, etwa durch jährliche Ausschüttungen oder durch die Verteilung nach Bedarfen, wurden bisher ausgebremst.³

Der groß angelegte Reformprozess der Weltbank, der 2022 gestartet ist, zielt darauf ab, diese stärker auf die Förderung globaler öffentlicher Güter, insbesondere den Klimaschutz, auszurichten und sie finanziell zu vergrößern, um mehr Kredite vergeben zu können. Für Letzteres setzt die Bank bisher vor allem auf die Einführung verschiedener sog. Finanzinnovationen, die zwar Neuerung signalisieren, nach oben aber klar begrenzt sind. Sie sind letztlich ein Akt der Mangelverwaltung und kaschieren nur notdürftig den politischen Unwillen reicher Staaten, signifikante Kapitalerhöhungen beizusteuern oder andere strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen. Zwar wurde der Zielkatalog der Weltbank ergänzt, dem Reformprozess lag jedoch keine Analyse dazu zugrunde, wo die Weltbankgruppe selbst zu Problemen und Krisen beigetragen hat und welche tiefgreifenden Änderungen daher für eine strukturelle Neuausrichtung nötig gewesen wären.⁴

Die Reformen bei IWF und Weltbank ordnen sich ein in einen problematischen Trend, der die Frage der Klimafinanzierung zunehmend weg von den UN und in Institutionen verlagert hat, in denen die Länder, die historisch am meisten zum

Klimawandel beigetragen haben, über die größte Entscheidungsmacht verfügen. Dass insbesondere die USA in beiden Organisationen als größter Anteilseigner und Vetomacht sehr stark sind, fällt den Klimaschutzambitionen nun unter Trump auf die Füße. Die gesamte Frühjahrstagung 2025 von Weltbank und IWF war davon geprägt, ja nicht über die Klimakrise zu sprechen, um die Kulturkämpfer im Weißen Haus zu besänftigen.

Die anstehende FfD4-Konferenz in Sevilla bietet nun Deutschland und anderen europäischen Staaten die Möglichkeit für eine Kurskorrektur, für neue internationale Partnerschaften und für die Stärkung eines inklusiven und gleichberechtigten multilateralen Systems.



Dr. Verena Kröss

Die Autorin arbeitet als Referentin für internationale Finanzen und Wirtschaft bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

- 1 Vgl. Vereinte Nationen (2023): Reform der internationalen Finanzarchitektur. Unsere gemeinsame Agenda. Kurzdossier 6. New York.
sowie GPF Europe (2024): Building new foundations: Reimagining the International Financial Architecture. Views and proposals from civil society. Bonn.
- 2 Vereinte Nationen (2023), S. 4.
- 3 WEED (2023): IWF-Sonderziehungsrechte und ihre Weiterleitung. Eine kritische Bestandsaufnahme. Berlin.
- 4 WEED (2024): Der Reformprozess der Weltbank greift zu kurz. Berlin.



DIE VERSCHOBENE INFLATION

Wie die Inflation den Globalen Süden trifft

Die Leitzinspolitik der Zentralbanken im Globalen Norden verschiebt die Inflation in den Globalen Süden. Durch Wechselkurs- und Inflationsdruck werten die Währungen des Südens gegenüber dem Norden ab. Das verschärft die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und die Armut der unteren Klassen im Süden.

Es wirkt, als hätten die Leitzinserhöhungen von Europäischer Zentralbank und Federal Reserve ihren Dienst getan. Die Inflationsraten sind in Nordamerika und Europa wieder nah an den angestrebten Zielmarken von 2 %. Im Februar 2025 lagen sie in Deutschland bei 2,3 %, in den USA bei 2,8 %.

Doch ist das wirklich das Resultat der Leitzinspolitik? Fragt man den ökonomischen Mainstream, lautet die Antwort: Ja. Große Teile der politischen Arena teilen diese Interpretation. Die Zinserhöhungen der EZB ab 2022 seien ein Signal, dass Frankfurt entschlossen die Inflation bekämpfe, sagte Finanzminister a.D. Christian Lindner. Auch Friedrich Merz unterstützte die Erhöhung der Leitzinsen. Doch es ist unwahrscheinlich, dass die Dämpfung der Kreditvergabe durch das Privatbankensystem (der Effekt, auf den die EZB mit erhöhten Leitzinsen abzielt) die Inflation bekämpft hat. Zur Erinnerung: Die Inflation entsprang einer angebotsseitig ausgelösten Geldentwertung nach der Corona-Pandemie. Die EZB kann rein logisch durch Leitzinspolitik keinen direkten Einfluss auf die gestiegenen Nahrungsmittel- oder Gaspreise ausüben. Was die Erhöhung des Leitzinses bewirkt, ist die Dämpfung der Gesamtnachfrage. Diese trägt in Verbindung mit wegbrechenden Exportmärkten zur aktuellen Rezession und realen Wachstumsraten von 0 % bei.

Geldentwertung im Süden

Neben diesem Effekt gibt es einen zweiten Weg, über den die Leitzinserhöhungen die Inflation in den kapitalistischen Zentren dämpfen. Der ist jedoch kaum bekannt. Er verläuft über die Geldentwertung in die Peripherien, also den Globalen Süden und die wirtschaftlich abhängigen Staaten im Globalen Norden. Die Auslagerung von Wechselkurs- und Inflationsdruck hält die Preise für die Importe von Rohstoffen in die kapitalistischen Zentren niedrig und dämpft so die hiesige Geldentwertung.

Zwei Mechanismen sind dafür entscheidend. Zum Ersten haben die Leitzinserhöhungen der US-amerikanischen Zentralbank, der Federal Reserve (Fed), sowie der Europäischen Zentralbank den US-Dollar und den Euro gegenüber den Währungen der Peripherien aufgewertet. Seit Januar 2020 ist der Wert der Währungen in der Peripherie gegenüber dem US-Dollar im Durchschnitt um 12 % gesunken. Nur in wenigen peripheren Staaten hat die Geldentwertung relativ zum Dollar kaum durchgeschlagen. Das sind etwa Costa Rica (-8 %), Uganda (1 %) oder Vietnam (5 %). Dafür fällt die Entwertung der Währung in vielen Staaten heftig ins Gewicht, etwa in Haiti (43 %), Sri Lanka (66 %), oder Angola (87 %). Angeführt wird die Liste von Ghana (173 %), der Türkei (476 %) und Argentinien (1475 %). Die Gründe für die Entwertungen sind komplex und vielfach spielen lokale Dynamiken eine gewichtige Rolle. Aber die grundsätzliche Entwicklung zeigt: Es handelt sich

um ein globales, strukturelles Phänomen. Gegen die Abwertungen der Wechselkurse versuchen die Zentralbanken in den Peripherien mit Devisenoperationen vorzugehen, doch die dafür vorhandenen Ressourcen variieren ebenso wie ihre Erfolge.

Die durch Fed und EZB ausgelösten Währungsabwertungen haben weitreichende Konsequenzen, vor allem für die Handelsposition. Wenn etwa die Währung Sri Lankas, gegenüber dem US-Dollar abgewertet wird, erhöhen sich zunächst die relativen Exporterlöse. Ein Großteil der Exporte der Peripherien sind Rohstoffe, deren Preise nicht von den Produzierenden, sondern dem Weltmarkt gesetzt werden. Viele der dazu benötigten Produktionsmittel wie Gerätschaften, Maschinen, Saatgut etc. werden im Gegensatz dazu in den kapitalistischen Zentren hergestellt. Die Preise werden in der Tendenz von Monopolen und Oligopolen aufgrund ihrer Verhandlungsmacht gesetzt. Aufgrund der Abwertungen der Währungen der Peripherien und den höchst ungleich verteilten Möglichkeiten, Preise zu setzen, steigen die Kosten der für die Produktion benötigten Importe in den Peripherien wesentlich stärker als die ebenfalls leicht gestiegenen Exporterlöse. So entsteht insgesamt eine wesentlich verschlechterte Handelsposition für die Exportbranchen der Peripherien, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten verschlechtert. Dass diese Effekte so ausgeprägt sind, liegt daran, dass knapp 40 % des internationalen Handels, vor allem wichtige Rohstoffe, in US-Dollar notiert sind und nicht in lokaler Währung abgewickelt werden.

Exportabhängigkeit und Handelsbedingungen

Wenn die Exportbranchen in exportabhängigen Staaten wie Sri Lanka – zu denen 85 Staaten des Globalen Südens zählen – aufgrund verschlechterter Handelsbedingungen netto wesentlich weniger Einnahmen erzielen, belastet das mittelfristig die gesamte Wirtschaft. Viele Produzenten können nicht mehr profitabler operieren, was zu Schließungen und Insolvenzen führt. Diese Welle überträgt sich auf die Gesamtnachfrage und durch wegbrechende Steuereinnahmen auf den Staatshaushalt. Um schwindende Einnahmen zu kompensieren, sind die Exportbranchen der Peripherien gezwungen, Exporte zu erhöhen. Das ist zwar für Unternehmen und Produzenten wichtig, um Profit zu erzielen. So steigt aber das Gesamtangebot auf dem Weltmarkt, was wiederum die Preise senkt und letztlich die Einnahmen drückt. Diese Dynamiken erleben wir derzeit etwa bei Kupfer, Palmöl und zahlreichen Seltenen Erden. An dieser Stelle kommen die kapitalistischen Zentren ins Spiel. Denn die verarbeitenden Industrien der Zentren benötigen günstigen Zugang zu diesen Gütern, um profitabel operieren zu können.

Der Kapitalismus ist auf diesen hier beschriebenen Effekt der künstlichen Abwertung von Rohstoffpreisen angewiesen, wie auch die indische

Ökonomin Utsa Patnaik und der indische Ökonom Prabhat Patnaik in einer Arbeit darlegen. Denn bei sinkenden Profitraten und gleichzeitig steigenden Angebotspreisen droht sonst Geldentwertung bei zeitgleicher Rezession. Die Möglichkeit der Kapitalakkumulation wäre bedroht. Daher ist „es ist für den Kapitalismus notwendig [...] sicherzustellen, dass der Schatten der steigenden Angebotspreise nicht auf die Ökonomie hereinbricht“¹. Dafür müssen die Peripherien in einer abhängigen Position gehalten werden. Ein Mechanismus dafür liegt in der Organisation der Produktionsketten, dem globalen Währungssystem, und der darüber organisierten „Abwertung der Wechselkurse der Währungen der tropischen Regionen gegenüber den Währungen der Zentren“.

Viele Ökonomien der Peripherie sind auf den Export derartiger Güter ausgerichtet – das ist vielfach

ein Erbe des Kolonialismus.² Zusätzlich zu dieser Exportabhängigkeit impliziert diese ökonomische Struktur auch die Abhängigkeit von Importen. Statt für den eigenen Bedarf zu produzieren, sind sie auf den Import grundlegender Waren wie Weizen oder Treibstoff angewiesen. Durch die Abwertung der Währungen der Peripherien steigen – wie oben erwähnt – die Importpreise. Das gilt nicht nur für Produktionsmittel, sondern auch grundlegende Waren. Das führt dazu, dass die Nahrungsmittelinflation in den Peripherien derzeit im Durchschnitt bei 30 % liegt. Die Lebenshaltungskosten explodieren, vor allem für die unteren Klassen. Und auch gesamtwirtschaftlich steigen durch die gestiegenen Importpreise die Inflationsraten drastisch. Im Durchschnitt lagen diese in den sogenannten Niedriglohnländern 2023 bei 9,5 %, während sie in den Zentren nur noch bei knappen 5,5 % lagen. Dabei wirkt sich der ak-



» Die EZB kann rein logisch durch Leitzinspolitik keinen direkten Einfluss auf die gestiegenen Nahrungsmittel- oder Gaspreise ausüben.

tuell niedrige Wert des Renminbis – der Währung Chinas – sogar noch dämpfend auf die Inflation in den Peripherien aus.

Inflation und Geldpolitik im Süden

Neben diesen unmittelbaren Effekten haben hohe Geldentwertungsraten in den Peripherien noch einen weiteren Effekt: Langfristig verschlechtern sich Wechselkurse von Staaten mit hohen Inflationsraten gegenüber denen mit niedrigen. Um diesen doppelten Effekten durch Wechselkurs und Inflation zu begegnen, greifen die Zentralbanken in den Peripherien auf eine Mischung aus den bereits genannten Devisentransaktionen sowie erhöhten Leitzinsen zurück. Die Erhöhungen der Leitzinsen senkt – wie in den Zentren – die Kreditvergabe der Privatwirtschaft, drosselt somit die Produktion und beschränkt die Nachfrage, wodurch rezessive Tendenzen verstärkt werden. Diesen Tendenzen durch aktive Fiskalpolitik und erhöhten Sozialausgaben etwas entgegenzusetzen, ist für viele Regierungen eine enorme Herausforderung – egal wie sinnvoll und richtig ihnen eine solche Politik auch erscheinen mag. Denn viele Staatshaushalte der Peripherien sind durch sinkende Steuereinnahmen und steigende Schuldenkosten bereits doppelt belastet. Aufgrund der Abwertungen der Währungen der Peripherie steigen nämlich die Zinskosten auf Staatsschulden, denn knapp 78 % der externen Schulden des Globalen Südens sind in US-Dollar notiert. Von 2020 bis 2023 sind die Zinszahlungen der Staaten des Globalen Südens deswegen um 36 % gestiegen und beliefen sich 2023 auf insgesamt 193 Milliarden US-Dollar.

Genau diese Effekte drücken die Inflation in den Zentren: Durch die Abwertung der Währungen der Peripherien sinken die Importkosten der Zentren. Durch die Externalisierung der Geldentwertung wirkt die Leitzinspolitik der Zentren letzten Endes

also tatsächlich dämpfend auf die Inflation. Die Kosten für diesen geldpolitischen Erfolg tragen die unteren Klassen der Peripherien.



Robin Jaspert

Der Autor ist Politökonom und promoviert an der Goethe-Universität in Frankfurt. Er forscht zu Staatsfinanzen, Süd-Nord-Beziehungen, Fiskal- und Geldpolitik.

Dieser Text wurde zuerst im Surplus-Magazin veröffentlicht und basiert auf einem gemeinsamen Forschungsvorhaben von Robin Jaspert und Kai Koddenbrock.

<https://www.surplusmagazin.de/globaler-sueden-inflation-importe/>

- 1 Patnaik, Utsa; Patnaik, Prabhat (2021): Capital and Imperialism. Theory, History and the Present. New York, S. 75.
- 2 Weber, Isabella (2025): Kolonialer Handel prägt Volkswirtschaften bis heute. Berlin.



© Samuel Regan-Asante/Unsplash.

DIE MACHT DER MONOPOLISTEN

Ein globales Problem

Die Macht großer Unternehmen ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. In vielen Sektoren dominieren einzelne Konzerne wie Google oder Amazon den Markt. Das schafft problematische Abhängigkeiten und verschärft ökonomische und soziale Ungleichheiten. Die Gewinne konzentrieren sich bei wenigen marktmächtigen Konzernen und bei den Ländern, die auf gewinnträchtige Industrien spezialisiert sind. Es ist an der Zeit, der Monopolisierung global entgegenzutreten.

Einzelne Unternehmen dominieren immer größere Teile der Wirtschaft und unseres Alltags. Wenn wir ein Smartphone nutzen, haben wir die Wahl zwischen zwei Betriebssystemen: iOS von Apple und Android von Google. Google dominiert auch die Internetsuche und wichtige Teile der

Onlinewerbung. Der Konzern kann sich so überhöhte Gewinne aus Onlinewerbung aneignen, während viele Medien weniger verdienen.

Wenn wir Lebensmittel einkaufen gehen, landen wir in über 85 % der Fälle bei vier dominanten Anbietern: Aldi, Edeka, Lidl und Rewe. Sie nutzen ihre

Macht gegenüber den Zulieferern. Die Konsequenz sind weit verbreitete, unfaire Handelspraktiken und niedrige Einkommen in der Landwirtschaft.

Man könnte viele andere Sektoren durchgehen wie Raffinerien, Halbleiter, den Finanzsektor oder die Containerschifffahrt und würde auf eine hohe Marktkonzentration stoßen. Ihre negativen Folgen treffen auch den Globalen Süden und führen zu einer internationalen Verschiebung von Gewinnen.

Die Ballung wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen schadet Gesellschaft, Umwelt und Demokratie. Die dominierenden Unternehmen setzen andere unter Druck, haben die Oberhand gegenüber ihren Kund:innen, sie prägen die Technikentwicklung und verschaffen sich Vorteile auf Kosten anderer. Ihre Marktmacht erleichtert es ihnen, Kosten und Risiken auf ihre Lieferanten und Arbeitnehmer:innen und letzten Endes auf die Gesellschaft abzuwälzen. Durch die Kombination aus ökonomischer Macht und Lobbyarbeit können Großkonzerne Politik beeinflussen und gemeinwohlorientierte Regeln erschweren. Die Macht riesiger Konzerne gefährdet strukturell die Demokratie. Die Kontrolle von Kommunikationskanälen wie Social Media-Plattformen durch einzelne Konzerne und Überreiche ist ein besonderes Risiko.

Marktkonzentration verschärft die globale Ungleichheit

Die Konzentration von Marktmacht verstärkt zudem ökonomische und soziale Ungleichheiten. Mächtige Unternehmen können höhere Gewinne durchsetzen, indem sie eigene Preise erhöhen oder die ihrer Zulieferer drücken. Da Unternehmens- und Aktienbesitz sehr ungleich verteilt ist, profitieren in erster Linie Eigentümer:innen, Investoren und Manager:innen der Firmen. Zugleich wird die Marktmacht entlang globaler Lieferketten weitergegeben. Die dominanten Unternehmen nutzen ihre Verhandlungsmacht gegenüber Zulieferern und verlagern Teile der Produktion in Niedriglohnländer, während sie den Großteil der Margen und Gewinne abschöpfen. So machen die US-Tech-Konzerne hohe Gewinne, während Menschen in Südamerika, Afrika oder Asien belastende oder schlecht bezahlte Tätigkeiten in der Content-Moderation oder der händischen Datenaufbereitung übernehmen. Auch im Agrar-Sektor leiden Kleinbäuer:innen und Arbeitende im Globalen Süden unter vermachteten Lieferketten.

Empirische Analysen zeigen eine Verlagerung von Gewinnen von Niedrig- zu Hocheinkommensländern im Zeitalter der Globalisierung. Die Verteilung der Monopolmacht entlang der Lieferketten ist ein wichtiger Grund dafür. Die reichen Länder spezialisieren sich stärker auf Industrien mit hohen Renditen, also hoher Marktmacht und hohen Preisaufschlägen. Die dortigen Unternehmen können hohe Gewinne realisieren. Zugleich sinken die Preisaufschläge etwa in Lateinamerika und Asien. Die Verlagerung von Teilen der Produk-

tion oder Dienstleistungen in den Globalen Süden dämpft die Auswirkungen der Monopolmacht für Verbraucher:innen im Norden und bürdet die Wohlfahrtsverluste den Ländern im Globalen Süden auf. Die Länder der Peripherie, die sich auf Industrien mit niedrigen Gewinnen spezialisieren, werden zu Nettozahlern von Preisaufschlägen im Weltwirtschaftssystem und finanzieren so die Monopolrenten der Länder des Zentrums.¹

Deshalb ist es unter entwicklungspolitischer Perspektive sinnvoll, das Thema Marktkonzentration aufzugreifen und sich mit der wettbewerbspolitischen Debatte vertraut zu machen. Die Debatte um die Monopolisierung der Wirtschaft hat in den vergangenen Jahre wieder zugenommen und das bietet neue Chancen.

Historisch gab es mehrere Wellen von Monopolisierung und Gegenbewegungen, um diese zu stoppen. Als Ergebnis dieser wechselhaften Geschichte gibt es heute in vielen Ländern Institutionen, die eine übermäßige Konzentration ökonomischer Macht und deren Missbrauch verhindern sollen. Es gibt dafür unterschiedliche Begriffe: Antitrust (USA), Kartellrecht (D) oder Wettbewerbspolitik (EU/D). Die zuständigen Wettbewerbsbehörden haben u. a. die Aufgabe, Fusionen von Unternehmen zu prüfen und ggf. zu untersagen, Kartelle aufzudecken und zu verhindern, dass marktbeherrschende Unternehmen ihre Marktmacht missbrauchen.

Allerdings sind diese Instrumente in den letzten 40 Jahren durch eine neoliberale und ökonomistische Wende geschwächt worden. Die sogenannte Chicago School argumentierte, dass Marktkonzentration vertretbar sei, solange größere Unternehmen effizienter sind. In den letzten Jahrzehnten wurden viele große Fusionen genehmigt. So kauften z. B. Apple, Facebook, Google und Microsoft in den letzten 30 Jahren mehr als 800 Unternehmen auf. Bis 2021 wurde keine dieser Übernahmen durch eine Kartellbehörde untersagt. Die Schwäche der Wettbewerbsbehörden erleichterte den Aufstieg der großen Tech-Konzerne.

In jüngster Zeit gab es jedoch eine Gegenbewegung: die Stimmen für eine striktere Antitrust-Politik mehren sich. In Deutschland führte die Bayer-Monsanto-Fusion zur Gründung der Initiative „Konzernmacht beschränken“, die seitdem zu kartellrechtlichen Fragen arbeitet. Seit Ende 2023 gibt es mit Rebalance Now eine neue Fachorganisation zum Thema Monopolmacht.²

Erste Reformen

Aktuell laufen in den USA mehrere Antitrust-Verfahren, die u. a. auf eine Aufspaltung von Meta und Google abzielen.³ Diese Verfahren begannen teilweise in der ersten Amtszeit von Donald Trump. Vor allem Präsident Biden setzte sich dann für einen offensives Vorgehen gegen Marktkonzentration und Vermachtung ein.



Macht in wenigen Händen schadet Gesellschaft, Umwelt und Demokratie.

Auch in Europa und Deutschland kam es zu Reformen: Das Bundeskartellamt bekam neue Befugnisse, um gegen Tech-Konzerne und dauerhaft vermachtete Sektoren vorzugehen. In Europa wurde der Digital Markets Act beschlossen, der digitalen Gatekeepern eine Reihe missbräuchlicher Praktiken untersagt. Außerdem hat die EU-Kommission bei einigen Fusionen stärkere Bedenken geäußert, so dass z. B. Amazon die Übernahme von iRobot abblies, einem Hersteller von Staubsaugerrobotern. Die Übernahme hätte Amazon viele wichtige Daten aus Privathaushalten geliefert. Im Verfahren gegen Googles Machtmissbrauch in der Onlinewerbung hat die EU-Kommission zum ersten Mal die Abspaltung von Teilen Googles ins Spiel gebracht, was ein wichtiger Schritt zur Machtbegrenzung wäre. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Chancen und Herausforderungen

Die neue Debatte um Monopolmacht bietet Chancen, die kartellrechtlichen Instrumente stärker im öffentlichen Interesse einzusetzen. Kartellbehörden und Politik müssen gesellschaftliche Belange stärker berücksichtigen und für mehr Beteiligungsmöglichkeiten in den Verfahren sorgen. Bislang ist die Wettbewerbspolitik stark von den großen Unternehmen, ihren Anwälten und Beratungsfirmen geprägt.

Auch inhaltlich gibt es weiter großen Reformbedarf. Gerade die globalen Auswirkungen von Monopolmacht werden bislang zu wenig bearbeitet:

- » Übermächtige Konzerne etwa im Tech-Sektor müssen aufgespalten werden: Entflechtungen sind ein legitimes Mittel und wirkungsvoller, als über Jahre hinweg Symptome dieser Monopolstellungen zu behandeln.
- » Wir brauchen eine striktere Kontrolle großer Fusionen. Dabei müssen ihre Auswirkungen auf Arbeiter:innen, Produzierende und entlang der globalen Lieferketten stärker berücksichtigt werden.
- » Die Auswirkungen von Marktmacht in globalen Lieferketten müssen stärker analysiert und in die

Arbeit der Wettbewerbsbehörden eingebracht werden.

- » Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit mit Partner:innen im Globalen Süden, um dort die gesellschaftlichen Kräfte und die Behörden im Kampf gegen Marktkonzentration zu stärken.⁴

Das Kartellrecht sollte ein wichtiges Werkzeug für eine ausgewogene Wirtschaft sein, in Europa und global. Dafür braucht es weitere Reformen und eine aktive Zivilgesellschaft in diesem Feld.



Ulrich Müller

Der Autor arbeitet bei Rebalance Now daran, Konzernmacht zu beschränken und eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft zu ermöglichen.

Weitere Informationen unter <https://rebalance-now.de>.

- 1 Reiner, Christian (2023): Monopolmacht und Wettbewerbspolitik als countervailing power in globalen Warenketten. In: Momentum Quarterly Vol. 12, No. 2, S.100–124.
- 2 <https://www.forumue.de/themen/handel/konzernmacht-initiative/> sowie <https://rebalance-now.de>.
- 3 Blankertz, Aline (2025): Ein, zwei oder sogar gleich drei Mal Aufspalten! Köln.
- 4 Buthelezi, Thembaletu/Hammadi, Myriam/Roberts, Simon/Smaller, Carin (2023): Empowering African food producers and agricultural enterprises through stronger competition law and policy. Genf.



DIGITALER KOLONIALISMUS

Wie Tech-Konzerne aus den USA und China den Globalen Süden ausbeuten

Wie zu Zeiten des historischen Kolonialismus dominieren Tech-Konzerne aus den USA und inzwischen auch aus China Wirtschaft und Gesellschaft im Globalen Süden. Sie beuten Daten und Rohstoffe aus und sehen zu, wie autoritäre Regime ihre Bevölkerung mit einem Arsenal an digitalen Repressionsinstrumenten unterdrücken. Hauptsache: Ihr Machtradius erweitert sich und ihre Profite steigen.

Unter diesem Motto „Move fast and break things“ begann Mark Zuckerberg 2005 mit Facebook einen Markt nach dem anderen zu erobern. Für kulturelle Besonderheiten oder die politische Situation vor Ort interessierte er sich nicht. Autoritär oder diktatorisch geführte Regierungen wie Ägypten unter General Abdel Fattah al-Sisi oder das von einem Einparteiensystem regierte Vietnam konnten deswegen in den vergangenen 15 Jahren ungestört digital aufrüsten. Sie installierten Netzsperrern, erließen Zensurgesetze, kauften Überwachungstechnologien und übten sich in digitaler Propaganda. Ihr Ziel: die Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung und insbesondere von Nichtregierungsorganisationen und Aktivist:innen. Für viele Gesellschaften des Globalen Südens erwies sich der Facebook-Gründer damit nicht als Freiheitsbringer, sondern bestenfalls als unabsichtlicher Helfer ihrer Unterdrücker.

Datenraub als Geschäftsmodell

Die Freiheit, für die Zuckerberg kämpft, ist eine andere. Es ist die Freiheit des Unternehmers. Besser gesagt: das Bestreben des Monopolisten, seine Macht auszubauen und seinen Profit zu mehren. Sein Instrument: mehr und mehr Nutzer:innen für seine digitalen Dienste zu gewinnen, um so an ihre persönlichen Daten zu gelangen, den „Rohstoff“ des 21. Jahrhunderts, der seit der Erfindung des Internets ins Unendliche zu wachsen scheint. Die Ausbeutung dieses „Daten-Tsunami“ bildet das Rückgrat von Zuckerbergs Geschäftsmodell. Dass knapp vier Milliarden Menschen heutzutage regelmäßig eine Meta-Anwendung nutzen, zeigt, wie erfolgreich seine Expansionsstrategie war.

Meta eroberte den digitalen Raum nicht allein. Apple, Amazon, Google und Microsoft trieben die Digitalisierung – mit einer Unsumme von Risikoka-

pital im Rücken – ebenso voran. Die ökonomischen Machtunterschiede zwischen den neuen Kolonialgesellschaften und ihren Kolonien hat viele Gesichter: Während 2023 über 144 Mrd. US-Dollar Venture-Kapital in nordamerikanische Unternehmen floss, erhielten die 55 afrikanischen Staaten weniger als 4 Mrd. US-Dollar.

Neokolonialismus 2.0

Das Ergebnis kann sich sehen lassen, zumindest aus Sicht der Konzerne. 2025 ist die globale Datenökonomie fest in der Hand von Tech-Milliardären. Zwei Drittel des lukrativen Cloud-Computing Marktes entfallen auf lediglich drei US-Konzerne: Amazon (31 %), Microsoft (24 %) und Google (11 %). Den Markt für mobile Betriebssysteme von Smartphones teilen sich Apple und Google fast komplett auf: 99 % entfallen auf Android und iOS.

Ihre Gewinne sind schwindelerregend und für viele Regierungen im Globalen Süden angsteinflößend. Mit 100 Mrd. US-Dollar lag Google 2024 an der Spitze, gefolgt von Apple mit fast 97 Mrd. US-Dollar. Ihre Gewinne liegen höher als die Gesamteinnahmen vieler Staaten, einschließlich EU-Mitgliedern. Die Einnahmen Kenias, einem der wirtschaftsstärksten Länder Ostafrikas, belaufen sich auf lediglich 19 Mrd. US-Dollar.

Die Länder des Globalen Südens sind den Tech-Imperien aber nicht nur ökonomisch unterlegen, sie sind von ihnen auch strukturell abhängig. Weder ihre Regierungen noch ihre heimischen Unternehmen kommen ohne die Office-Anwendungen, Breitbandverbindungen und Serverkapazitäten der Tech-Konzerne aus. Der Analyse des ehemaligen ghanaischen Präsidenten und Panafrikanisten Kwame Nkrumah folgend, besteht das Wesen des Neokolonialismus darin, dass die Staaten Afrikas nach der Dekolonialisierung zwar theoretisch unab-

» Die Länder des Globalen Südens sind den Tech-Imperien aber nicht nur ökonomisch unterlegen, sie sind von ihnen auch strukturell abhängig.

hängig, de facto aber fremdgesteuert sind. Formal verfügen sie über alle Merkmale eines souveränen Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt), in Wirklichkeit dominiert jedoch das internationale Wirtschaftssystem (heute die Digitalökonomie) diese Länder in einem Ausmaß, dass nicht nur ihr Wirtschaft, sondern auch ihre politische Ordnung von außen gelenkt wird.

Chinas digitale Seidenstraße

Auch wenn die globale Dominanz von Big Tech made in USA nach wie vor erdrückend ist, langsam, aber sicher bekommt das Silicon Valley Konkurrenz aus Fernost. An vielen Orten des Globalen Südens sind digitale chinesische Pendanten auf dem Vormarsch. Auf dem afrikanischen Kontinent hat sich China bereits zur zweiten digitalen Kolonialmacht aufgeschwungen. 70 % der 4G-Netze Afrikas gehören Huawei und seinen Tochtergesellschaften. 38 afrikanische Regierungen arbeiten inzwischen eng mit chinesischen Tech-Konzernen zusammen, beauftragen Huawei und ZTE mit Infrastrukturprojekten und finanzieren sie mit von chinesischen Banken vergebenen Krediten.

Die Anfänge der chinesischen Omnipräsenz reichen bis in die 1990er Jahre zurück und verstärkten sich durch Präsident Xis Ankündigung von 2015, eine digitale Seidenstraße (Digital Silk Road, DSR) aufzubauen. Neben dem Aufbau gigantischer Online-Plattformen zielt die DSR darauf ab, Vorherrschaft in den Datenwertschöpfungsketten Afrikas zu erlangen. Seit 2017 ein Gesetz im Ausland tätige chinesische Unternehmen verpflichtet, dem Nachrichtendienst alle Daten zu übermitteln, beteiligen sich nicht nur Chinas Tech-Konzerne, sondern auch die Regierung am Datenraub. Datenausbeutung ist also kein Vorrecht des Silicon Valley mehr. „Die Afrikaner:innen haben damit die Wahl zwischen

Pest und Cholera“, so Africa Kiiza von der Nichtregierungsorganisation SEATINI aus Uganda.

Geopolitischer Wettkampf auf dem Rücken Afrikas

Für die Entwicklung einer eigenständigen heimischen Digitalwirtschaft bleibt den Ländern des Globalen Südens damit wenig Spielraum und wenig Zeit. Die beiden digitalen Großmächte liefern sich inzwischen ein regelrechtes Wettrennen, die 2,5 Mrd. Menschen zuerst ans Internet anzuschließen, die bislang noch offline sind, um sie somit in ihre (digitale) Hemisphäre zu ziehen. Das geoökonomisch motivierte Rennen wird zu Land, zu Wasser und im Weltall ausgetragen. Sprich: durch den Ausbau von Rechenzentren, die Verlegung von Unterseekabeln und die Beförderung von Satelliten ins All.

Es besteht die Gefahr einer möglichen Aufspaltung der Welt in zwei digitale Blöcke. Mit anderen Worten: eines digitalen Kalten Kriegs. Zahlreiche Forscher:innen und Aktivist:innen Afrikas spannen darüber hinaus noch einen anderen historischen Bogen: Mit Blick auf die Berliner Konferenz von 1885, bei der die europäischen Großmächte den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten, haben sie das Gefühl eines Déjà-vus. Sie bezeichnen den forcierten Ausbau digitaler Infrastruktur als eine „neue Front des digitalen Kolonialismus“.

Tech-Konzerne gehen auf Rohstoffsuche

Eine weitere Front des digitalen Kolonialismus: die Rohstoffausbeutung. Entgegen dem Versprechen von Meta, Google und Co. kommt die digitale Transformation nicht auf (ökologisch) nachhaltigen Sohlen daher. Die Digitalisierung hinterlässt vielmehr einen dreckigen ökologischen Fußabdruck. 1,4 Mrd. Smartphones und Tablets gehen jährlich über den Ladentisch bzw. erreichen über den Online-Ver-

sand die Verbraucher:innen. Moderne Smartphones bestehen zu einem Drittel aus Metallen, die überwiegend aus Ländern des Globalen Südens wie der Demokratischen Republik Kongo (DRK) stammen. Obwohl die DRK wie kaum ein anderes Land auf der Welt reich an Bodenschätzen und der größte Lieferant von (dem für wiederaufladbare Akkus wichtigen) Kobalt ist, hat dieser natürliche Reichtum dem Land und seinen Menschen keinen Wohlstand gebracht. Nach Angaben der Weltbank leben in der DRK 62 Mio. Menschen und damit fast drei Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze – also von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag. Die Tech-Konzerne stören sich daran nicht. Aufgrund ihres immensen Bedarfs an Metallen gehen sie inzwischen selbst auf Rohstoffsuche. In Kooperation mit dem kalifornischen Start-up KoBold Metals suchen unter anderem Bill Gates und Jeff Bezos weltweit nach den für High-Tech-Geräte so wichtigen Rohstoffen, beispielsweise nach neuen Lithiumvorkommen in Namibia und dem Kongo.

Widerstand formiert sich

Einige Länder(gruppen) nehmen die digitale Ausbeutung ihrer Gesellschaften nicht mehr widerspruchslos hin. Um eigene Daten-Pools aufzubauen, fordert Nigeria von den Tech-Konzernen, die Daten ihrer Bürger:innen auch auf nigerianischen Servern zu speichern. Die 2020 von der Afrikanischen Union präsentierte Digitalstrategie zielt auf die Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe zu digitalen Produkten, einschließlich Microchips.

Für den umfassenden Aufbau einer eigenständigen Digitalwirtschaft bedarf es zudem der Kooperation mit weiteren Global Playern wie Indien und Europa. Die in den vergangenen Jahren in Brüssel verabschiedeten Gesetze zur Eindämmung der Macht der Tech-Konzerne in Europa könnten Anlass zur Hoffnung geben, die EU werde den vielbeschworenen dritten Weg bei der Digitalisierung beschreiten. Solange sich ihre progressive Politik jedoch nur auf den eigenen Binnenmarkt richtet und sie in ihrer Außenwirtschaftspolitik bspw. mit dem Global Gateway einen neokolonialen Kurs fährt, ist die EU kein Partner des Globalen Südens. Mit Blick auf den Rechtsruck in Europa und die zunehmend geopolitisch ausgerichtete Digitalpolitik, bräuchte es eine enorme Kraftanstrengung von Seiten der Zivilgesellschaft, um eine Kehrtwende im europäischen Denken und Handeln herbeizuführen.

 *Sven Hilbig*

Der Verfasser ist Digitalexperte bei Brot für die Welt und Co-Autor des Buches „Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen“, erschienen im Februar 2025 bei C.H. Beck.



IGNORANZ GEGENÜBER DEN GRUNDLAGEN DES LEBENS

Die Notwendigkeit, den Schutz der biologischen Vielfalt zu finanzieren

Im Dezember 2022 warteten Delegierte und Beobachter:innen gespannt auf die letzte Plenarsitzung der Vertragsstaatenkonferenz (COP) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD). In den frühen Morgenstunden des 19. Dezember setzte der chinesische Präsident den Hammer an, um den Beschluss 15/4 zu verabschieden: den neuen globalen Rahmen für die biologische Vielfalt mit 23 Zielen, die zusammen einen Weg zu einem Leben in Harmonie mit der Natur bis 2050 gewährleisten würden. Trotz aller Euphorie über das Erreichen eines solchen Meilensteins gab es auch einen bitteren Beigeschmack: Die Einigung stieß auf erhebliche Proteste insbesondere der afrikanischen Staaten, allen voran der Demokratischen Republik Kongo, die von den Ländern des Globalen Nordens größeres finanzielles Engagement für den Erhalt der biologischen Vielfalt forderten.

Zwei Jahre später ist die Mobilisierung von Ressourcen nach wie vor eine der am heftigsten diskutierten Fragen im Rahmen der CBD. Dies ging so weit, dass die Plenarsitzung der letzten COP 16 im Jahr 2024 ohne eine Einigung beendet werden musste. Einige Monate später, auf der wieder aufgenommenen COP 16.2, wurde schließlich die neue Strategie zur Ressourcenmobilisierung vereinbart. Gleichzeitig arbeiten die Regierungen am Abschlussdokument für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4). Das globale internationale Finanzsystem soll reformiert werden, um die Verwirklichung der SDGs zu beschleunigen. Zu den wichtigen Diskussionen gehören die Fragen, wie die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) besser auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung abgestimmt werden können, wie Ländern mit hoher Verschuldung mehr fiskalischer Spielraum eingeräumt, die Fähigkeit zur Mobilisierung inländischer Ressourcen erhöht werden kann und wie multilaterale und nationale Entwicklungsbanken reformiert werden können. Trotz der harten Bemühungen im Rahmen der CBD, scheinen die an der FfD4 beteiligten Regierungsvertreter:innen diese nicht zur Kenntnis zu nehmen. Während der Verlust der biologischen Vielfalt in die vorliegenden Entwürfe des Abschlussdokuments eingehen wird, werden viele bereits vereinbarte Maßnahmen nicht einmal erwähnt.

Finanzielle Ziele im Rahmen des Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework

Gemäß den Zielen 18 und 19 des Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt müssen die Länder jährlich 700 Mrd. US-Dollar für die biologische Vielfalt aufbringen. Die Rechnung geht folgendermaßen: Die Länder sollten schädliche Subventionen in Höhe von etwa 500 Mrd. US-Dollar reformieren oder abschaffen und jährlich 200 Mrd. mobilisieren. Von diesen 200 Mrd. sollten mindestens 30 Mrd. aus ODA- und anderen internationalen Mitteln stammen. Weitere Quellen sind inländische und private bzw. sog. gemischte Mittel oder die Nutzung von Synergien (z. B. mit der Klimafinanzierung) oder „innovative“ Lösungen (Zahlungen für Ökosystemleistungen, Biodiversitäts-Offsets und -Gutschriften oder Mechanismen für den Vorteilsausgleich). Bislang ist die internationale Gemeinschaft jedoch nicht in der Lage, dieses Ziel zu erreichen.

In Ziel 18 haben sich die Regierungen verpflichtet, bis 2025 umweltschädliche Subventionen zu ermitteln und sie zu reformieren oder auslaufen zu lassen, um schädliche Finanzströme bis 2030 zu reduzieren. Laut den Biodiversitäts-Finanzierungstrends 2024 haben bisher mindestens 36 Länder (von 196 Vertragsparteien) damit begonnen, ihre Subventionen zu analysieren.¹ Im ersten Entwurf des FfD4-Ergebnisdokuments werden nur Subventionen für fossile Brennstoffe erwähnt. Im Hinblick

auf die biologische Vielfalt sollten jedoch auch die Subventionen für Landwirtschaft und Fischerei nicht vernachlässigt werden.

Was die Mobilisierung von Ressourcen für Ziel 19 betrifft, so sind die Ergebnisse ebenfalls verbesserungsfähig. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, aber wie Untersuchungen mehrerer Nichtregierungsorganisationen zeigen, belaufen sich die internationalen Finanzmittel von Regierungen, Philanthropen und Unternehmen für das Engagement im Bereich der biologischen Vielfalt bis Ende 2024 auf insgesamt 8,2 Mrd. US-Dollar jährlich.² Dank der Einbeziehung der biologischen Vielfalt in andere Projekte werden die endgültigen Zahlen wahrscheinlich höher ausfallen, aber höchstwahrscheinlich 20 Mrd. US-Dollar jährlich bis 2025 nicht erreichen.

Direkte Finanzierung und andere Fragen

Die inländische Förderung der biologischen Vielfalt ist die bei Weitem größte Finanzierungsquelle für die biologische Vielfalt. Sie beschränkt sich nicht nur auf Umweltministerien, sondern ist vielmehr eine Querschnittsaufgabe, die Politikbereiche wie Tourismus (Naturerbe, Ökotourismus), Landwirtschaft (ökologischer Landbau, Agrarökologie, einheimische Arten), Handel (Grenzkontrollen, z. B. zur Verhinderung invasiver gebietsfremder Arten) und sogar Verteidigung (das Militär besitzt oft große Flächen) umfasst. Es versteht sich von selbst, dass Finanzministerien ebenfalls sehr wichtige Akteure innerhalb der Regierung sind, die über die Ausgaben für die biologische Vielfalt entscheiden.

Zwar haben sich die Regierungen im Rahmen der CBD darauf geeinigt, mehr Mittel für die biologische Vielfalt bereitzustellen, allerdings werden viele Länder zunehmend durch ihren Schuldendienst eingeschränkt. Die Finanzierung von Zinsen oder die Rückzahlung von Schulden ist für viele Länder inzwischen ein größerer Posten in ihrem Haushalt als ihre Investitionen in Gesundheit, Bildung und andere soziale Dienstleistungen. Jetzt in widerstandsfähige Ökosysteme zu investieren, ist die beste Investition in die Zukunft. Widerstandsfähige Ökosysteme sind im Allgemeinen besser in der Lage, die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen,



Indigene Völker und lokale Gemeinschaften erhalten nur einen geringen Anteil der Mittel.

Naturkatastrophen zu verringern, eine gesunde Ernährung zu gewährleisten oder Luft und Gewässer zu reinigen. FfD4 muss daher sicherstellen, dass die Regierungen in ihre Zukunft investieren und ihre Verpflichtungen aus den Verhandlungen zum Übereinkommen von Rio erfüllen können.

Große Lücken bleiben

Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt müssen in erster Linie vor Ort durchgeführt werden. Die Verwalter des Landes, oft indigene Völker und lokale Gemeinschaften, Menschen afrikanischer Abstammung, Frauen und Jugendliche sind diejenigen, die vor Ort arbeiten. Es ist bekannt, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften 80 % der biologischen Vielfalt der Erde schützen, obwohl sie nur 5 % der Weltbevölkerung ausmachen.³ Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Bewahrer Zugang zu Informationen haben und in die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen einbezogen werden. Das Allerwichtigste wäre, dass sie vor Entscheidungen, die ihre Lebensgrundlage betreffen, konsultiert werden. Wenn ein Land die ILO-Konvention 169 unterzeichnet, verpflichtet es sich, vor jeder Entscheidung die indigenen Völker nach freier vorheriger Information zu konsultieren. Der Zugang zu Finanzmitteln ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Indigene Völker und lokale Gemeinschaften, Frauen und Jugendliche erhalten jedoch nur einen geringen Anteil ODA im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt und haben oft keinen direkten Zugang zu Finanzierungsquellen. Obwohl die Anerkennung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften deutlich zugenommen hat und einige spezifische Finanzierungsinstrumente (z. B. das Small Grants-Programm) zur Verfügung stehen, ist der direkte Zugang zu diesen Instrumenten oft noch immer nicht gegeben.

Der internationalen Gemeinschaft muss man zugutehalten, dass in Zielvorgabe 19 f von der Rolle kollektiver Maßnahmen und nicht marktbasierter Ansätze die Rede ist (wenn auch eher als Mobilisierungsinstrument, denn als etwas, das mehr Mittel erhalten sollte). Auf der anderen Seite wird diesem Teil des Ziels nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt,

trotz der Bemühungen von Regierungen wie der bolivianischen, ihn immer wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen.

Insgesamt müssen wir, wenn wir die Finanzierung der biologischen Vielfalt wirklich in den Griff bekommen wollen, die größeren zugrundeliegenden Probleme angehen: Umleitung der Gelder, die derzeit der biologischen Vielfalt schaden, u. a. durch eine Reform der schädlichen Subventionen, aber auch durch strenge ökologische und soziale Schutzmaßnahmen. Zudem ist sicherzustellen, dass die für die biologische Vielfalt bestimmten Gelder bei den Akteuren vor Ort ankommen, die die Arbeit leisten – mit einfachem Zugang zu Finanzmitteln und mit Eigenverantwortung für die Menschen.



Global Youth Biodiversity Network

GYBN ist die offizielle Gruppe für die Jugend bei den Verhandlungen im Rahmen der CBD. Es ist ein internationales Netzwerk von Jugendorganisationen und Einzelpersonen, die sich mit einem gemeinsamen Ziel zusammengeschlossen haben: den Verlust der biologischen Vielfalt zu verhindern und die natürlichen Ressourcen der Erde zu erhalten.

1 <https://www.financebiodiversity.org/2024trends>

2 <https://www.naturefinance.info/>

3 <https://report.territoriesoflife.org/>

SCHWERPUNKTPUBLIKATIONEN



VORSCHLÄGE FÜR EINE ERNEUERE GLOBALE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNGSAGENDA

Internationale Expert:innenkommission für Entwicklungsfinanzierung

Die bisherigen internationalen Konferenzen über Entwicklungsfinanzierung (Monterrey, Doha und Addis Abeba) haben gezeigt, dass es für die Erleichterung ihrer Arbeit sehr nützlich war, einen inspirierenden technischen Bericht einer Gruppe von Expert:innen zu haben. Deshalb wurde 2024 eine internationale Kommission eingerich-

tet, deren Bericht eine umfassende Reihe von Empfehlungen in neun Schlüsselbereichen enthält.

<https://financing.desa.un.org/ICE/reports>



DIE KÜNFTIGE ROLLE DER VEREINTEN NATIONEN IM FFD-FOLLOW-UP

Global Policy Forum Europe

Für den Erfolg der FFD4-Konferenz sind zwei Faktoren entscheidend: Erstens müssen die Regierungen überprüfbare Schritte vereinbaren, um dringend benötigte zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren und überfällige Strukturreformen zu initiieren; und zweitens müssen sie sich auf Verfahren und Governance-Arrangements einigen, um im

Follow-up-Prozess die Umsetzung der Beschlüsse überwachen und bewerten zu können. Dabei kommt den Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle zu.

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-kuenftige-rolle-der-vereinten-nationen-im-ffd-follow>



SCHULDENREPORT 2025

erlassjahr.de

Der Schuldenreport, der jedes Jahr vom deutschen Entschuldungsbündnis erlassjahr.de und Misereor herausgegeben wird, analysiert jeweils aktuell die Belastung durch Auslandsschulden weltweit sowie die Rolle Deutschlands in der internationalen Entschuldungspolitik und gibt Empfehlungen für den Umgang mit der globalen Schuldenkrise. In diesem Jahr ist die Veröffentli-

chung des Schuldenreports eingebettet in die weltweite zivilgesellschaftliche Kampagne „Erlassjahr 2025 – Turn Debt into Hope“.

www.erlassjahr.de/schuldenreport-2025



DIGITALER KOLONIALISMUS

Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen

Innovativ, mächtig, rücksichtslos: Kaum eine Geschichte wird so oft erzählt wie die vom unaufhaltsamen Aufstieg der Tech-Konzerne an die Spitze der global vernetzten Welt. Nur ein Kapitel wird dabei ausgelassen: der Preis, den der Globale Süden dafür bezahlt. Der Tech-Journalist Ingo Dachwitz und der Globalisierungsexperte Sven Hilbig beleuchten diesen blinden Fleck und zeigen

die weltweiten Folgen des digitalen Kolonialismus sowie bestehende Ansätze für eine gerechtere Digitalisierung auf.

<https://www.chbeck.de/37000393>



GENTECHNIK IN DER NATUR? WARUM WIR EIN MORATORIUM BRAUCHEN

Die Weltnaturschutzunion (IUCN) debattiert über den Einsatz von Gentechnik in natürlichen Lebensräumen

Sollen gentechnisch veränderte Organismen künftig nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in natürlichen Ökosystemen eingesetzt werden? Die Ausrottung von Krankheitsüberträgern, die Beseitigung invasiver Arten, Überlebenshilfen für bedrohte Spezies, selbst die Wiederbelebung bereits ausgestorbener Lebensformen sollen nun mittels Gentechnik erreicht werden. Die möglichen Auswirkungen auf unsere ohnehin angeschlagenen Ökosysteme sind nicht absehbar. Doch nicht nur deshalb sollte die Weltnaturschutzunion solchen Anwendungen klare Grenzen setzen.



Das Vorsorgeprinzip sollte weiterhin als Leitprinzip im Naturschutz gelten.

Die Internationale Union zur Bewahrung der Natur (IUCN) debattiert derzeit über die „synthetische Biologie“ im Zusammenhang mit dem Naturschutz. Mit dem Begriff „synthetische Biologie“ wird eine neue Generation gentechnischer Verfahren bezeichnet, deren Anwendung weit über landwirtschaftliche Kulturpflanzen hinausgeht. Dabei sollen einzelne Organismen und ganze Ökosysteme bewusst verändert oder neu konstruiert werden. Ein Beispiel sind sich selbst verbreitende Impfstoffe, um die Tollwut bei Wildtieren zu kontrollieren, ein anderes sind sogenannte Gene Drives zur Ausrottung Malaria übertragender Stechmücken.

Gentechnik soll aber auch Naturschutzziele dienen, etwa um die genetische Vielfalt des bedrohten Schwarzfußiltis künstlich zu erweitern. Korallen sollen robuster und widerstandsfähiger gegen Hitze gemacht werden. Arten, die bereits ausgestorben sind – wie das Wollhaarmammut oder der Schattenwolf – sollen durch gentechnische Eingriffe an verwandten Arten wieder „zurückgeholt“ werden. Mittels Gene Drives sollen invasive Nager auf Inseln beseitigt werden.

Zur Abschätzung und Bewertung der langfristigen, ökosystemaren Folgen derart massiver und in aller Regel nicht rückholbarer Eingriffe in die Evolution fehlen bisher allerdings wissenschaftliche Grundlagen und Konzepte. Die Heilsversprechen dieses neuen Naturdesigns sind dafür umso größer.

Gefährdete Natur als Versuchslabor

Aus der klassischen Gentechnik stammt die einfache Erkenntnis, dass gentechnisch veränderte Pflanzen, die Insektizide produzieren, die Biodiversität gefährden können, zumal ihr Gift nicht nur die Zielorganismen tötet. Was aber sind die Folgen, wenn Gene-Drive-Organismen ihre ganze Art ausrotten oder mit neuen genetischen Eigenschaften versehen? Das ist sehr viel schwerer zu beurteilen. Die Natur wird zum Versuchslabor.

Wie verhalten sich die gentechnisch veränderten Tiere zu anderen wildlebenden Arten, etwa hinsicht-

lich Paarungsverhalten, Populationsdynamik und Nahrungsnetzen? Was passiert, wenn bestimmte Arten künstlich ausgerottet werden – wer besetzt die ökologische Leerstelle? Und wer trägt die Verantwortung, wenn ein Staat oder ein Unternehmen gentechnisch veränderte Organismen in ein Ökosystem einbringt und dadurch im eigenen Land oder über Grenzen hinweg Schäden entstehen?

Das größte Problem: Ist eine gentechnische Veränderung einmal in der freien Natur, lässt sie sich meist nicht mehr zurückholen. Es gibt keinen Aus-Schalter für selbstverbreitende Impfstoffe oder neue, möglicherweise invasive Arten. Gentechnische Eingriffe sind dauerhaft. Die Risiken tragen nicht die Entwickler, sondern die Natur selbst und künftige Generationen. In einer Situation, in der unsere Ökosysteme ohnehin schon weitgehend geschädigt sind, ist dies nicht zu verantworten.

Ethik und Gerechtigkeit – wer entscheidet über die Natur von morgen?

Die Anwendung von Gentechnik in natürlichen Ökosystemen wirft tiefgreifende ethische Fragen auf. Fragen der intergenerationellen Gerechtigkeit stehen ebenso im Raum wie die Frage, wer überhaupt das Recht haben soll, so weitreichend in die Natur einzugreifen. Wer bestimmt, welche Arten verändert oder sogar ausgerottet werden dürfen? Und wer entscheidet, dass für ein konkretes ökologisches Problem statt einer ganzheitlichen Lösung ein technischer Eingriff ausreicht? Hier geht es nicht nur um wissenschaftliche Bewertungen, sondern auch um weltanschauliche und moralische Grundhaltungen. Sie sollten gesellschaftlich breit und demokratisch verhandelt werden.

Viele der vorgeschlagenen technischen Eingriffe stehen im Widerspruch zu den Perspektiven indigener Gemeinschaften und traditioneller Wissenssysteme, die häufig auf einer engen Beziehung zwischen Mensch und Ökosystemen beruhen. Gentechnische Anwendungen wie Gene Drives gehören zu einem Weltbild, das die Natur kontrollieren und manipu-

lieren will, und mit anderen Weltbildern nicht vereinbar ist.

Der Einsatz von Gentechnik zum Zwecke des Naturschutzes wäre keine Ergänzung bestehender Methoden, sondern ein Paradigmenwechsel: Die Natur würde nicht um ihrer selbst willen geschützt, sondern so verändert und „verbessert“, wie Menschen dies für richtig halten. Anstatt die Wechselwirkungen innerhalb von Ökosystemen zu respektieren und zu stärken, würden künstlich erzeugte Organismen in die Natur eingebracht. Ob das mit den Werten und Prinzipien des Artenschutzes vereinbar ist, ist mehr als fraglich.

Diskussion in der Weltnaturschutzunion IUCN

Auf dem Weltnaturschutzkongress der IUCN im Oktober 2025 soll über zwei Resolutionen abgestimmt werden. Die eine fordert ein Moratorium für die Freisetzung von synthetischer Biologie in natürliche Ökosysteme. Sie schließt zunächst die Tür für Gentechnik an wildlebenden Organismen in der Natur und zwingt zu einer breiten gesellschaftlichen Verständigung über den Einsatz solcher unkalkulierbarer und unumkehrbarer Technologien. Die andere Resolution sieht keine grundsätzlichen Probleme im Einsatz von Gentechnik in der Natur und setzt lediglich auf die Einzelfallprüfung jeder möglichen Anwendung. Sie sieht Gentechnik als ein Werkzeug, dessen Risiken und versprochenen Vorteile im Einzelfall vor Ort gegeneinander abgewogen werden sollen. Die Naturschutzgemeinschaft könnte so instrumentalisiert werden, um den Weg für den Einsatz von Hochrisikotechnologien vor allem in der Landwirtschaft und Bioökonomie zu ebnen.

Welche Resolution eine Mehrheit findet, wird weitreichende Auswirkungen haben. Denn die Weltnaturschutzunion vereint Umweltschutzorganisationen, indigene Gemeinschaften, Unternehmen und Regierungen, um die Ausrichtung der weltweiten Naturschutzbemühungen zu bestimmen. Ihre Beschlüsse haben Signalwirkung für internationale

Übereinkommen wie die Konvention für biologische Vielfalt der Vereinten Nationen.

Für eine zukunftsfähige Naturschutzpolitik

Das Vorsorgeprinzip sollte weiterhin als Leitprinzip im Naturschutz gelten. Zahlreiche Naturschutzorganisationen fordern seit Langem einen ganzheitlichen Ansatz im Naturschutz, der auch die Ursachen des Artenschwunds und nicht nur seine Symptome bekämpft. Nichts dergleichen bringt die Gentechnik. Sie steht für teilweise spektakuläre, technologische Scheinlösungen, die Gelder und Aufmerksamkeit von nachhaltigen Lösungen ablenken und im schlimmsten Falle ein Business as usual rechtfertigen.

Die IUCN-Mitglieder haben bis zum 21. Juni die Möglichkeit, sich online an der internen Diskussion über den Umgang des Naturschutzes mit synthetischer Biologie zu beteiligen. Sollte es – wie absehbar – keine klare Meinung dazu geben, wird beim Weltnaturschutzkongress in Abu Dhabi im Herbst über die beiden Resolutionen abgestimmt.

Naturschutzorganisationen sollten sich jetzt hierzu positionieren und ihren nationalen und internationalen Dachorganisationen, staatlichen und wissenschaftlichen Partner:innen klare Signale senden. Save Our Seeds unterstützt Sie gerne bei der Bildungsarbeit für Mitglieder und politischen Initiativen zum Schutz der Natur vor gentechnischem Design.



Naomi Kosmehl und Franziska Achterberg

Die Autorinnen arbeiten bei Save Our Seeds zur Gentechnik mit dem Ziel, Natur und Menschen vor deren negativen Auswirkungen zu schützen.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Naturschutz (2022): Gentechnik, Naturschutz und biologische Vielfalt: Grenzen der Gestaltung. Bonn.

<https://www.bfn.de/publikationen/positionspapier/gentechnik-naturschutz-und-biologische-vielfalt>

Gen-ethisches Netzwerk (2020): Herausforderungen für die Zukunft – Gentechnik im Naturschutz? Berlin.

<https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/publikationen/gid/253>

Aktuelle Informationen zum Fortgang der IUCN-Debatte unter www.saveourseeds.org und www.stop-genedrives.eu.



AUF DEM WEG ZU EINER LÖSUNG?

Wo wir im internationalen Chemikalienmanagement stehen

Vor anderthalb Jahren wurde in Bonn ein neues Rahmenwerk für das internationale Chemikalienmanagement verabschiedet. Seitdem ist einiges passiert, doch nur wenig, was wirklich auf das Konto für einen besseren Schutz von Mensch und Umwelt einzahlt. Derzeit liegt der Fokus auf dem Schließen von Lücken im Rahmenwerk. Es gilt aber, dringend in die Umsetzung zu kommen.

Nach zähen Verhandlungen und Verzögerungen bedingt durch die Corona-Pandemie haben die internationale Staatengemeinschaft sowie zahlreiche Stakeholder aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Industrie und Wissenschaft im September 2023 ein neues globales Rahmenwerk für den Schutz vor Chemikalien verabschiedet. Das Global Framework on Chemicals – For a Planet Free of Harm from Chemicals and Waste (GFC, Globales Rahmenwerk über Chemikalien – Für einen Planeten frei von Schäden durch Chemikalien und Abfäll-

le) ist das einzige Rahmenwerk, das sich mit allen Quellen von toxischen Stoffen befasst. Als Nachfolger des Strategic Approach to International Chemicals Management (SAICM, Strategischer Ansatz für ein Internationales Chemikalienmanagement), der 2020 ausgelaufen ist, ist es ein Multi-Stakeholderprozess und bezieht unterschiedliche Politikfelder ein, vom Arbeits- über den Gesundheits- bis zum Umweltschutz.

Trotz seiner Freiwilligkeit war der Abschluss in Bonn ein Erfolg. Neben dem Kerntext mit 28 Zielen

und übergeordneten Handlungsfeldern wurden Resolutionen, ein Fonds und eine High-Level-Deklaration verabschiedet. Dennoch blieben offene Punkte, die bis zur ersten GFC-Konferenz 2026 weiterentwickelt werden müssen. Doch der politische Schub aus Bonn und aus den vorhergehenden Verhandlungen konnte nicht eins zu eins in die Arbeit mit dem neuen Abkommen übertragen werden.

Neues Geld für das Chemikalienmanagement

Am schnellsten begannen die Arbeiten zum GFC-Fund zur Unterstützung und Umsetzung des GFC, bei dem Deutschland der größte Geldgeber ist. Bereits im April 2024 kam ein Vorstand des Fonds zusammen. Dies war der erste Schritt, damit die Mittelvergabe organisiert werden kann. Im Herbst 2024 begann die erste Ausschreibung für die Mittel. Über 150 Projekte sollen eingegangen sein. Manko beim Fund ist, dass sich nur große NGO-Netzwerke oder Staaten bewerben können. Das heißt, für kleinere zivilgesellschaftliche Projekte, die unter SAICM einen wesentlichen Beitrag zu den wenigen Erfolgen des strategischen Ansatzes ausmachen, gibt es nur Geld, wenn Organisationen Projekte zusammen mit Staaten und Regierungen durchführen. Das ist insbesondere in autoritären Staaten ein Problem. Ob alle eingereichten Projekte gefördert werden können, ist derzeit nicht bekannt. Eine zweite Förderrunde soll noch 2025 starten. Aber auch der Fund ist begrenzt. Die Einnahmen basieren auf freiwilligen Mitteln von Geberländern. Wenn diese Einnahmen nicht gesteigert werden, wird der Fund nur einen kleinen Beitrag leisten können.

Fortschritte messbar machen

Die derzeit umfangreichsten Arbeiten im Rahmen des GFC betreffen die Entwicklung von Indikatoren und einer Struktur zur Messung von Fortschritt und Erfolg. Bisher fehlen solche Indikatoren vollständig im Rahmenwerk. Auf der Weltchemikalienkonferenz wurde daher ein Mandat verabschiedet, das die Ausarbeitung von Indikatoren für die 28 Ziele sowie für die übergeordneten Handlungsfelder vorsieht. Zudem sollen sogenannte High-Level-Indikatoren entwickelt werden, die die negativen Auswirkungen von Chemikalien auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt abbilden. Weitere Indikatoren können ergänzt werden, sofern dies als notwendig erachtet wird.

Hierfür wurde eine virtuelle, offene Arbeitsgruppe mit mehreren Unterarbeitsgruppen eingerichtet. Als Grundlage für viele Indikatoren dient ein Arbeitspapier, das bereits über 200 Indikatoren listet, welche in anderen Abkommen verwendet werden oder durch Expert:innenkonsultationen entwickelt wurden. Eine erste Auswahl aus diesen Indikatoren zu treffen und diese sinnvoll zu ergänzen, ist aktuell die vorrangige Aufgabe. Die ersten Indikatoren gelten mittlerweile als gesetzt, viele fehlen noch. Ein grundsätzlicher Konflikt besteht darin zu defi-

nieren, wie viele Indikatoren es geben soll und wie passgenau diese für die Ziele sind. Ist es einerseits der Wunsch, die Zahl übersichtlich und damit auch den Aufwand hinter der Erfassung der Indikatoren handhabbar zu halten, gibt es andererseits den Anspruch, die Indikatoren umfassend zu gestalten, sodass alle Aspekte abgedeckt und erfasst werden können. Problematisch stellt sich dabei an vielen Stellen die Datenlage heraus. Für viele Aspekte, die den Fortschritt gut messbar machen würden, gibt es zu wenige Daten, die Erhebung ist aufwendig und vor allem im globalen Rahmen kaum leistbar. Es gibt nur für wenige Chemikalien ausreichend und stetig aktualisierte Zahlen. Deren Auswirkungen bspw. auf die menschliche Gesundheit sind noch schwerer zu erfassen.

Implementierungsprogramme für die Wirtschaft und Best Practice

Einen weiteren aktuellen Arbeitsschwerpunkt bilden die Implementierungsprogramme. Auf der Weltchemikalienkonferenz wurde die IOMC – eine übergreifende internationale Organisation zur Förderung des Chemikalienmanagements – eingeladen, drei Implementierungsprogramme zu entwerfen. Zwei wurden bereits vorgestellt und unter umfangreicher Stakeholderbeteiligung inklusive Präsenzworkshops weiterentwickelt. Dabei legt das erste Implementierungsprogramm den Fokus auf Wirtschaft und Industrie und die Frage, wie diese zu einem besseren Chemikalienmanagement beitragen können. Das zweite Programm legt den Fokus darauf, nationale Kapazitäten zu stärken. Dies basiert nach dem aktuellen Entwurf vor allem auf dem Teilen von vorhandenem Wissen und guter Praxis.

Auf dem Weg zum Phase-out hochgefährlicher Pestizide

Einen großen Erfolg der Weltchemikalienkonferenz stellt Resolution 11 dar, welche die Gründung einer Globalen Allianz zu hochgefährlichen Pestiziden anstieß. Eine solche Allianz wäre ein Forum, in dem sich interessierte Stakeholder zusammenschließen und zusätzliche Impulse und Aktivitäten initiieren. Das Hauptanliegen der Globalen Allianz ist es, das Ziel A7 zu unterstützen. Nach diesem Ziel soll bis 2035 die Nutzung von hochgefährlichen Pestiziden schrittweise eingestellt werden. Hochgefährliche Pestizide sind solche, die auch unter normalen Anwendungsbedingungen schwere oder irreversible Gesundheits- oder Umweltschäden verursachen und von hoher akuter und chronischer Toxizität sind. Weltweit gibt es viele Bemühungen, diese Gruppe der Pestizide strenger zu regulieren. Auch andere Ziele des GFC zielen indirekt darauf ab, dass diese Pestizide nicht mehr länger genutzt werden.

Fünf UN-Einheiten wurden eingeladen, die Schirmherrschaft für die Globale Allianz zu übernehmen. Auch hier konnte das Momentum der Weltchemikalienkonferenz nicht aufrechterhalten



Damit wären drei Jahre verstrichen, ohne dass es Fortschritte zum Schutz vor den hochgefährlichen Pestiziden gab.

werden. Offenbar konnte keine Einigung über die Modalitäten und Leitung erzielt werden. Nach langer Stille gab es im April endlich ein Auftakt-Webinar, und es wurde ein Entwurf vorgestellt, wie eine solche Allianz aufgebaut sein kann. Konkrete Aktivitäten wurden noch nicht benannt. Nun soll es eine umfassende Stakeholder-Beteiligung und weitere Veranstaltungen geben. Final ins Leben gerufen wird die Allianz wohl erst zur internationalen Weltchemikalienkonferenz Ende 2026. Damit wären dann drei wichtige und wertvolle Jahre verstrichen, ohne dass es wirkliche Fortschritte zum Schutz vor den hochgefährlichen Pestiziden gab.

Gender Action Plan

Chemikalien wirken im menschlichen Körper und haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit, einige Chemikalien gelten als hormonwirksam, das heißt sie beeinflussen den Hormonhaushalt im Körper. Dabei wirken Chemikalien unterschiedlich entlang der Geschlechter. Biologische und soziale Faktoren führen dazu, dass Frauen* wesentlich stärker von den negativen Auswirkungen von Chemikalien betroffen sind. Um dem ausreichend Rechnung zu tragen, wurde Resolution 4 zum Gender Mainstreaming im Chemikalienmanagement beschlossen. Zentraler Bestandteil ist ein Gender Action Plan. Dieser wird derzeit erarbeitet. Die Ausarbeitung des Plans hinkt jedoch hinterher, eigentlich sollte es bereits einen Entwurf geben. Dieser wurde aber noch nicht veröffentlicht.

Besondere Bemühungen notwendig

Unter SAICM gab es acht verschiedene Fokusthemen, sogenannte Emerging Policy Issues (dringende politische Handlungsfelder) und Issues of Concern (dringende Belange). Unter anderen wurden hier die Ewigkeitschemikalien PFAS, Blei in Farben oder Arzneimittel in der Umwelt bearbeitet. In den Verhandlungen zum GFC stand zur Debatte, diese Fokusthemen nicht fortzuführen. Auf der Bonner Konferenz konnte man sich aber darauf verständigen, die bestehenden Fokusthemen beizubehalten und diese sowie die dazu erfolgte Arbeit zu evaluieren. Auf

der kommenden Konferenz soll dann entschieden werden, welche der Fokusthemen behalten werden, wie Arbeitspläne für sie aussehen können und welche Kriterien es für die Aufnahme neuer Fokusthemen geben soll.

Ausblick

Im Juni 2025 tagt die erste Open-Ended-Working-Group (offene Arbeitsgruppe) des GFC statt. Diese stellt einen wichtigen Meilenstein in der Arbeit unter dem GFC dar. Hier sollen die ersten Ergebnisse aus den verschiedenen Prozessen präsentiert und weiterentwickelt werden und vor allem ein Arbeitsplan für die nächsten anderthalb Jahre beschlossen werden. Ende des Jahres 2026 soll die erste internationale Konferenz unter dem GFC stattfinden. Hier werden dann die Arbeiten der Zwischenzeit offiziell beschlossen und die Lücken im GFC geschlossen. Bis dahin bleibt aber noch einiges zu tun. Und vor allem bleibt zu hoffen, dass dann auch endlich erste Maßnahmen umgesetzt werden.



Tom Kurz

Der Autor ist Referent für internationale Chemikalienpolitik im Forum Umwelt und Entwicklung.



INTERNATIONAL VERNETZTE RECHTE

Der World Congress of Families und seine Einflussnahme auf die Anti-LGBTQI+-Gesetzgebung in Ghana

Rechte und fundamentalistische Gruppen bilden einflussreiche internationale Netzwerke, die menschenfeindliche Ideologien verbreiten und Hass schüren. Eines dieser Netzwerke ist der World Congress of Families (WCF). Die Verbindungen bis in Regierungen hinein und die Finanzkraft der mit dem WCF assoziierten Gruppen, die sie gezielt für ihre Lobbyarbeit einsetzen, tragen zur Bedrohung von Menschenrechten und zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen in vielen Ländern bei.

Im letzten Jahr verabschiedete das ghanaische Parlament einstimmig einen drakonischen Gesetzentwurf, der sich gegen alle queeren Personen und ihre Unterstützer:innen und Vertrauten richtet.¹ Dieser Gesetzentwurf fordert die Denunzierung von queeren Menschen und sieht bis zu zehn Jahre Haft für LGBTQI+ und ihre Unterstützer:innen vor. Verfasst wurde der Entwurf des Gesetzes 2019 bei einer Konferenz des World Congress of Families (WCF) in Ghana. Queere Personen und Menschenrechtsaktivist:innen versuchen gegen das

Inkrafttreten des Gesetzes vorzugehen und reichten Klagen ein, doch der Oberste Gerichtshof Ghanas wies diese ab. Erst mit der Unterzeichnung durch den ghanaischen Präsidenten träte das Gesetz endgültig in Kraft. Der bis Dezember 2024 amtierende Präsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo unterzeichnete den Gesetzentwurf jedoch zunächst nicht. Grund hierfür könnte die Warnung des ghanaischen Finanzministeriums gewesen sein, dass bei Verabschiedung des Gesetzes Kreditzusagen von Weltbank und IWF gefährdet seien.



Die Einschränkung von Menschenrechten für LGBTQI+ muss als Alarmsignal verstanden werden

Trumps queerfeindlicher Einfluss breitet sich aus

Ein kleiner Lichtblick waren die anfänglichen Äußerungen des seit Januar 2025 regierenden Präsidenten John Dramani Mahama, wonach er ein solches Anti-LGBTQI+-Gesetz für nicht nötig hielt. Aber nun liegt es wieder im Parlament vor – und Mahama scheint es plötzlich doch zu unterstützen. Aussagen des neuen Präsidenten aus der jüngeren Zeit erinnern dabei stark an Äußerungen von Donald Trump. Die aktuell LGBTQI+-feindliche Politik der USA scheint nicht nur im eigenen Land, sondern auch in Ghana negative Auswirkungen zu haben. Der ghanaische Abgeordnete und Pfarrer John Ntim Fordjour ist ein starker Unterstützer des queerfeindlichen Gesetzes und sagte kürzlich: „Wir haben den Gesetzesentwurf unterzeichnet und ihn ordnungsgemäß dem Präsidenten vorgelegt. [...] Das globale politische Klima ist günstig für konservative Werte, wie die mutigen konservativen Äußerungen von Präsident Donald Trump zeigen.“ [Übers. d. Verf.]² Die ghanaische Opposition befürchtet, dass auf Grund der neuen US-Politik unter Trump Strafmaßnahmen durch die Weltbank und den IWF im Falle der Verabschiedung des Gesetzes weniger wahrscheinlich sind. Personen aus dem engen Umfeld von Trump sind wiederum mit dem WCF und anderen queerfeindlichen Organisationen, die unter anderem in Ghana lobbyieren, eng verwoben.

Diese Ereignisse geben erneut Anlass, den WCF und seine Geldflüsse als einen der Hauptakteure der Anti-LGBTQI+-Bewegung näher unter die Lupe zu nehmen. Sein zunehmender Einfluss ist besorgniserregend.

Der World Congress of Families: politisch rechts, queer- und frauenfeindlich

Der WCF ist ein international agierendes und höchst einflussreiches Netzwerk ultrakonservativer und rechter Organisationen und Personen, das unter dem Deckmantel des Christentums eine antifeministische, explizit queerfeindliche Agenda verfolgt. Im Zentrum steht der vermeintliche Schutz der „natürlichen Familie“, definiert als monogames heterosexuelles Ehepaar mit biologischen Kindern. Als Bedrohung gelten Abtreibung, Queerness, gleichgeschlechtliche Ehe und Migration. Auf den Ver-

sammlungen des WCF treffen sich Nationalist:innen, Populist:innen, Abtreibungsgegner:innen und Anti-LGBTQI+-Aktivist:innen mit Evangelikalen und ultrakonservativen Katholik:innen aus verschiedensten Nationen, geeint durch ihre rechten Forderungen, die sie selbst als „Familienpolitik“ bezeichnen.

Gegründet im Jahr 1995 vom russischen Soziologen Anatoly Antonov und dem US-amerikanischen Professor Allan Carlson, knüpft der WCF an die US-amerikanischen „Kulturkämpfe“ über Themen wie Abtreibung, Familienwerte und Homosexualität an, die nach dem Ende der Sowjetunion auch in Russland Verbreitung fanden. Die beiden Gründer teilen die gemeinsame Erfahrung der Ablehnung ihrer Ansichten durch den akademischen Mainstream der Familiensoziologie sowie die Sorge um die demografische Entwicklung aufgrund des Rückgangs der Geburtenraten, für den sie die Popularität des Feminismus und die Homosexualität verantwortlich machten.³ Allan Carlson war zur Zeit der Gründung des WCF der Präsident des Howard Center for Family, Religion and Society in Rockford, Illinois. Dieses nennt sich seit 2016 International Organization for the Family (IOF) und nimmt ebenfalls eine Schlüsselrolle beim queerfeindlichen und Anti-Abtreibungs-Lobbying ein.

International gut vernetzt – von den USA über Russland und Europa bis nach Ghana

Der WCF unterhält nicht nur Verbindungen zu rechten Organisationen weltweit, sondern auch zu konservativen Regierungen, und versucht, diese Verbindungen kontinuierlich auszubauen. Dadurch konnte das Netzwerk bereits Einfluss auf Gesetzgebungen in einigen Ländern nehmen, insbesondere durch die Förderung von Anti-LGBTQI+-Gesetzen. Beispielhaft für die machtvollen Verbindungen sind die in Russland bestehenden engen Verknüpfungen mit der russisch-orthodoxen Kirche, dem Putin-Regime und Oligarchen. Auch anhand der Redner:innen-Liste der WCF-Konferenzen werden die einflussreichen Koalitionen sichtbar: So eröffnete der ungarische rechtskonservative Premierminister Viktor Orbán die Konferenz des WCF 2017 in Budapest. 2019 sprach bei einer Konferenz des Netzwerks in Verona der damalige italienische Innenminister

und stellvertretende Regierungschef Matteo Salvini von der rechtspopulistischen Lega Nord, dem immer wieder Nähe zu neofaschistischen Gruppen vorgeworfen wird.

Millionen von Dollar für menschenfeindliches Lobbying

Wie viel Geld hinter den mit dem WCF assoziierten Gruppen steckt, ist auf Grund der Intransparenz der Organisationen schwer zu beziffern. Eine Recherche von openDemocracy legte 2019 offen, dass aus den USA seit 2008 über 50 Mio. US-Dollar an Dark Money (dunklem Geld) nach Europa transferiert wurden, um politischen Einfluss gegen Abtreibungsrechte, die LGBTQI+-Community, Sexualkunde und Frauenrechte zu nehmen.⁴ Dark Money ist ein im englischsprachigen Raum geläufiger Begriff für Geld das von Personen oder Organisationen stammt, deren Namen nicht offengelegt werden und das möglicherweise mit illegalen oder schädlichen Aktivitäten in Verbindung steht. Das Geld wurde durch zwölf fundamentalistische Gruppen der US-amerikanischen christlichen Rechten verteilt, von denen mindestens fünf mit dem WCF verknüpft sind, und zwei der Hauptgeldgeber (zusammen 20 Mio. US-Dollar) stehen mit der Trump-Regierung und dem Rechtspopulisten Steve Bannon in Verbindung. Geld floss dabei nicht nur an einschlägige Organisationen und Aktivist:innen, sondern auch in Lobbyarbeit und -büros bei nationalen Regierungen und in Brüssel.

Ein Bericht des European Parliamentary Forum for Sexual & Reproductive Rights (EPF) aus dem Jahr 2021 fügte hinzu, dass die Gesamtsumme der Finanzierung von Anti-Gender-Maßnahmen aus Russland, den USA und Europa zwischen 2009 und 2018 wohl mindestens 707,2 Mio. US-Dollar betrug.⁵ Erschreckend ist zudem, dass dieser Betrag stetig anwächst – allein im Jahr 2018 kamen 96 Mio. US-Dollar zusammen.

Zwischen 2019 und 2022 erhöhten sich auf dem afrikanischen Kontinent die jährlichen Gesamtausgaben von christlich-rechten US-Organisationen, die dafür bekannt sind, dass sie sexuelle und reproduktive Rechte ablehnen, um etwa 50 %. Dies zeigte die Analyse ihrer Finanzunterlagen durch das Institute

for Journalism and Social Change (IJSC).⁶ Insgesamt belief sich die Summe, die diese Organisationen nach Ghana, Südafrika, Uganda, Sambia und Tansania überwiesen, im genannten Zeitraum auf 16,5 Mio. US-Dollar.

Derzeit ist der afrikanische Kontinent stark im Visier des WCF, wo dieser bereits mehrere Konferenzen veranstaltete und auf Regierungen wie die Ghanas Einfluss nahm. Bereits 2015 berichtet die Human Rights Campaign Foundation (HRCF) davon, dass die zunehmende Präsenz des WCF auf dem afrikanischen Kontinent mit einer beunruhigenden Zunahme harter Strafen für LGBTQI+ einhergeht. Auch im Mai dieses Jahres ist in Kenia eine Konferenz zu „Familienwerten“ geplant, an der Mitgliedsorganisationen des WCF sowohl als Sponsoren als auch als Redner:innen beteiligt sind.

Internationale Aufmerksamkeit und Einsatz für Menschenrechte sowie Solidarität mit queeren Menschen dringend notwendig

Es benötigt internationale Aufmerksamkeit, Lobbyarbeit für Menschenrechte und starke öffentliche Unterstützung für die LGBTQI+-Community, um der finanzstarken rechten und queerfeindlichen Lobby entgegenzustehen. Die Einschränkung von Menschenrechten für LGBTQI+ ist als großes Warnsignal für die ganze Gesellschaft zu betrachten und betrifft nie nur diese Gruppe allein. Stattdessen müssen solche Tendenzen als alarmierendes Merkmal von Shrinking Spaces verstanden werden – der zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume.



Maïke Adams

Die Autorin arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei SÜDWIND e.V. zu Shrinking Spaces und Gender.

- 1 Adams, Maïke/Dufner, Ulrike/Neu, Isabella (2025): Zivilgesellschaft unter Druck: Ghanas LGBTQI+ von massiven Repressionen bedroht. Bonn.
- 2 <https://www.mambaonline.com/2025/03/06/ghana-despair-as-extreme-anti-lgbtq-bill-returns-to-parliament/>
- 3 HRCF (2015): Exposed: The World Congress of Families. An American Organization exporting hate, S. 7.
- 4 <https://www.opendemocracy.net/en/5050/revealed-trump-linked-us-christian-fundamentalists-pour-millions-of-dark-money-into-europe-boosting-the-far-right/>
- 5 Neil Datta, Neil (2021): Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe 2009-2018. Brüssel.
- 6 The Institute for Journalism and Social Change (2024): Following the money – Inside the U.S: Christian Right's spending boom in Africa, S. 5.



DSI UND DER CALI FUND

Ein Meilenstein für gerechte Nutzenteilhabe an genetischen Ressourcen

Die Entscheidung der CBD-Vertragsstaaten in Rom markiert einen Durchbruch: Erstmals sollen kommerzielle Nutzer digitaler Sequenzinformationen (DSI) verpflichtend zur Finanzierung der globalen Biodiversitätsziele beitragen. Mit dem neu eingerichteten Cali Fund wird ein gerechter Vorteilsausgleich angestrebt, insbesondere zugunsten indigener und lokaler Gemeinschaften. Noch sind viele Details ungeklärt, doch der Weg zu mehr Fairness und Transparenz ist geebnet.

Bereits im Mai 1992 wurde das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) angenommen. Zentraler Bestandteil der Konvention ist neben dem Schutz der Vielfalt und der Ökosysteme auch das sogenannte Access and Benefit Sharing (ABS) – also der Zugang zu genetischen Ressourcen (Access) und die gerechte Beteiligung an den Vorteilen aus ihrer Nutzung (Benefit Sharing). Konkret bedeutet dies, dass die Herkunftsländer genetischer Ressourcen von deren Nutzern einen finanziellen

oder anders gearteten Vorteil erhalten sollen. Dies gilt unter anderem auch für die Bereitstellung von traditionellem Wissen indigener Gemeinschaften und ist im Artikel 15 Abschnitt 8j geregelt.

Die an genetischen Ressourcen besonders reichen Entwicklungsländer versprachen sich von den Verhandlungen zur CBD und damit zum ABS finanzielle Einnahmen sowie Anerkennung und machten ihre Zustimmung zur CBD auch von der Anwendung des ABS abhängig. Zu Recht. Seit Inkrafttreten der CBD ist die technische Entwicklung jedoch weiter

vorangeschritten. Damals konnte man nicht wissen, dass man eines Tages nicht mehr physische Pflanzen, Tiere oder Mikroorganismen brauchen würde, um sie wirtschaftlich nutzen zu können, sondern nur noch die genetischen Informationen, die mit Hilfe der digitalen Gensequenzierung (DSI) leicht beschrieben werden kann. Diese neue Entwicklung stellt die Regelung des ABS vor neue Herausforderungen.

Neuer Lösungsansatz zu DSI gefunden

Bereits während der COP 16 in Cali wurde nach einer Lösung gesucht, wie mit der Nutzenteilhabe bei der Nutzung von genetischen Sequenzen umgegangen werden kann. Letztendlich konnte auf der COP 16.2, welche im Februar in Rom stattfand, die Entscheidung 16/2 getroffen werden. Diese fordert im Wesentlichen den privaten Sektor auf, finanzielle Mittel in den sogenannten Cali Fund zu zahlen, aus dem dann die drei Ziele der CBD gefördert werden sollen. Auch wenn noch nicht alle Feinheiten geklärt sind, so ist das doch ein Weg in eine neue Zeit der Finanzierung. Folgende Punkte wurden beschlossen:

- » Kommerzielle Nutzer sollen künftig einen bestimmten Prozentsatz ihres Gewinns in den Fund zahlen.
- » Die Beiträge werden für die Implementierung der CBD verwendet, einschließlich des Global Biodiversity Framework.
- » Mindestens 50 % des Cali Fund gehen an indigene und lokale Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Rolle als Erhalter:innen genetischer Vielfalt.

Das bedeutet, dass große Firmen und andere bedeutende Anwender, welche die DSI nutzen, einen Teil ihrer Gewinne daraus in den Fund einzahlen. Dazu zählen beispielsweise die Pharma- und Kosmetikindustrie, Pflanzen- und Tierzucht und Biotechnologieunternehmen, aber auch die Unternehmen, welche die nötigen Technologien herstellen, einschließlich künstlicher Intelligenz. Wissenschaftliche und öffentliche Datenbanken, öffentliche Forschungseinrichtungen und Firmen, die ohne DSI arbeiten sind ausgenommen.

Mit der Entscheidung werden erstmalig private Quellen für die Finanzierung der Ziele der CBD beziehungsweise des Global Biodiversity Framework erschlossen. Beiträge können auch nicht monetärer Art sein, z. B. in Form von Technologietransfer, technischer Zusammenarbeit oder Infrastruktur. Wie dies bewertet werden kann und soll, ist noch zu klären. Das wird aber nicht durch den Cali Fund geregelt.

Noch viele Fragen offen

Trotz dieses ersten großen Schrittes bleiben noch Fragen und Details offen. Hierzu zählt eine genaue Definition, welche Nutzer genetischer Ressourcen, die auf DSI zurückgreifen, betroffen sind. Genannt

werden „große Nutzer“. Doch welche Nutzer gelten als groß, welche als klein? Auch wurde immer noch nicht definiert, was DSI genau ist. Ist es das Genom eines ganzen Organismus, ein Teil oder eine Eigenschaft? Eine Arbeitsgruppe soll das klären.

Der Cali Fund wird beim Multi Partner Trust Fund Office (MPTFO) zusammen mit dem Entwicklungsprogramm (UNDP), dem Umweltprogramm der UN (UNEP) und dem Sekretariat der CBD verwaltet. Ob so viele beteiligte Organisationen die Verwaltung erleichtern, bleibt abzuwarten. Eine neue Finanzierungsquelle ist auf jeden Fall begrüßenswert.

ABS in der EU

Um ABS und damit die EU-Verordnung 511/2014 praktisch umsetzen zu können und den Vorteilsausgleich zu regeln, trat 2014 das Nagoya-Protokoll der CBD in Kraft, ein völkerrechtlich bindender Vertrag. Es hat 141 Mitglieder und stellt ein transparentes bilaterales Rechtssystem dar für Nutzer und Bereitsteller genetischer Ressourcen für die faire und gerechte Nutzenteilhabe der aus der Nutzung erzielten Gewinne.

In Deutschland ist das Bundesumweltministerium (BMUV) mit einem Nationalen Focal Point für die Umsetzung des Protokolls zuständig. In der EU wird in der Kommission Umwelt daran gearbeitet, um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. Dazu treffen sich regelmäßig circa 50 Vertreter:innen der Mitgliedstaaten, der Industrie, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) zum Austausch, um Nutzer:innen in den Mitgliedsländern besser zu informieren und die nationalen Voraussetzungen für die Umsetzung der Richtlinie zu schaffen.

Bei der Umsetzung des ABS in der EU soll vor allem die Internetplattform DECLARE europäischen Nutzer:innen helfen,¹ die Regelungen einzuhalten. Spanien und Frankreich nutzen eigene Systeme. Die Anzahl der gemeldeten Nutzer:innen steigt ständig und liegt bei zurzeit bei etwa 400. Deutschland (82), Frankreich und die Niederlande haben die meisten Einträge. Alle EU-Mitgliedstaaten haben Stellen eingerichtet, die ihre Nutzer:innen beraten. Spanien hat sich für ein eigenes System entschieden. Doch leider ist der Fortschritt langsam. Das Vorgehen wird als kompliziert angesehen und die Hemmschwellen und Unsicherheiten sind noch immer groß. Die Nutzung ist freiwillig, Sanktionen gibt es nicht.

Die Kommission ruft dazu auf Ideen, Erfahrungen und Berichte zu teilen, die dabei helfen sollen, die Fragen zum Cali Fund zu lösen und die Umsetzung der EU-Verordnung 511/2024 besser umzusetzen. Dies könnte auch von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die die Interessen der lokalen und indigenen Gemeinschaften vertreten, besser genutzt werden.

Es ist offensichtlich, dass bei einer derart komplizierten Materie die Länder des Globalen Südens

» Zivilgesellschaft und NROs sollten sich frühzeitig vorbereiten, um ihre Positionen gezielt einbringen zu können.

heillos überfordert sind, sowohl was das Wissen über die Regelungen als auch die Abläufe, Rechte und Pflichten angeht. Einige Staaten sind schon weiter, z. B. Brasilien oder Indien, aber was in den Verträgen mit Nutzer:innen stehen muss und wer zuständig ist, ist nicht überall klar. Hier sollten Gelder aus dem Fund eingesetzt werden, um Kompetenzen zu schaffen, damit Gerechtigkeit herrscht. Wenn die EU auf der Nutzer:innenseite schon so lange braucht, wie soll das woanders leicht gehen?

Berichtspflicht 2026

Das Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF) wurde nach vierjährigen Verhandlungen auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz der CBD angenommen. Es baut auf dem bisherigen Strategischen Plan der Konvention auf und unterstützt die globalen Nachhaltigkeitsziele. Ziel ist es, bis 2050 eine Welt zu schaffen, in der Mensch und Natur im Einklang leben. Das GBF umfasst vier übergeordnete Ziele und 23 Unterziele.

Ziel C, insbesondere Unterziel 13, nimmt dabei die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen – einschließlich DSI – in den Fokus. Die Entscheidung zur Einrichtung des Cali Fund zielt genau auf die Umsetzung dieses Ziels ab. Ab Februar 2026 müssen alle Vertragsstaaten der CBD, des Nagoya-Protokolls sowie des Global Biodiversity Frameworks (GBF) Bericht über die Umsetzung ihrer Verpflichtungen erstatten. Dass die Evaluierung aller Abkommen zeitgleich erfolgt, ist zwar arbeitsintensiv, ermöglicht aber eine bessere Gesamtbewertung der Fortschritte – oder auch der Versäumnisse. Denn: Alles hängt miteinander zusammen. Zivilgesellschaft und NROs sollten sich frühzeitig vorbereiten, um ihre Positionen gezielt einbringen zu können – gerade auch mit Blick auf Themen wie DSI, Nutzenteilhabe und gerechte Finanzierungsstrukturen.

Dabei darf nicht vergessen werden: Das Thema Biopiraterie ist keineswegs erledigt – auch wenn es in der öffentlichen Diskussion kaum noch vorkommt.

Zugegeben, die Materie ist komplex. Doch gerade das darf kein Argument sein, sich nicht damit auseinanderzusetzen. Denn echte Gerechtigkeit im Zugang zu und Nutzen aus Biodiversität beginnt mit dem politischen Willen, auch schwierige Themen anzugehen.



Ursula Gröhn-Wittern

Die Autorin ist Agraringenieurin und arbeitet als Autorin, Referentin und Moderatorin zu entwicklungspolitischen Themen im Bereich Landwirtschaft, Ernährung und Klima.

Quellen:

Europäische Union (2014): Verordnung (EU) Nr. 511/2014 [...] über Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften des Protokolls von Nagoya in der Union. Brüssel, S. 59–71.

Gröhn-Wittern, Ursula (2022): Wie sich eine gute Idee auf dem Weg zur Umsetzung selbst verunmöglicht hat. In: Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, 3/2022, S. 34.

CBD (2024): What has been done on DSI – 2023-2024. Montreal.

Europäische Kommission (2021): Commission Notice on the Guidance for Users of Genetic Resources and Traditional Knowledge under Regulation (EU) No 511/2014. Brüssel, S. 1-44.

German Nagoya Protocol HuB (2022). The German Nagoya Protocol HuB. Braunschweig.

¹ <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/l-193088>



UMSTEUERN JETZT! NUR INTERNATIONALE GERECHTIGKEIT SCHAFFT SOZIALE SICHERHEIT

Brot für die Welt

Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht und ein Schlüsselinstrument gegen Hunger, Armut und Ungleichheit. Neun Autor:innen zeigen die Gründe auf, warum nationale soziale Sicherungssysteme im Globalen Süden schwach bleiben oder geschwächt werden.

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/umsteuern-jetzt-nur-internationale-gerechtigkeit-schafft-soziale-sicherheit/>



RAISING THE BAR: SUPERMÄRKTE UND DIE AUSBEUTUNG VON KAKAOBÄUER*INNEN

Oxfam

Wer Kakao anbaut, lebt meist selbst in Armut. Supermärkte, die das Luxusgut Schokolade verkaufen, machen riesige Gewinne. Obwohl sie sich langfristig verpflichtet haben, Kakaobäuer:innen einen existenzsichernden Referenzpreis zu zahlen, tun sie das bisher nur bei einem Bruchteil der Scho-

kolade in ihren Regalen. Sie müssen endlich Verantwortung für alle angebotenen Schokoladenprodukte übernehmen.

<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/raising-the-bar-supermaerkte-ausbeutung-kakao>



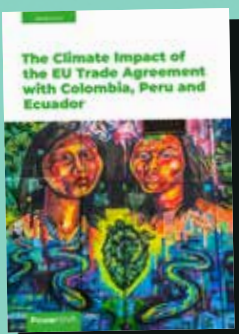
GENDERTRANSFORMATIVE KLIMAINITIATIVEN

Women Engage for a Common Future

Im Rahmen des Projekts „Gender & Climate – Förderung einer gendergerechten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens“ hat WECF mit lokalen Organisationen in Kolumbien, Georgien und Uganda zusammengearbeitet, die beispielhaft für das Potenzial von gendertransformativen Klimainitiativen stehen. In diesem Bericht werden diese Initiativen vorgestellt und analysiert, wie sie

zur gleichberechtigten Wahrnehmung von Rechten, zum Zugang zu Ressourcen und zur Repräsentation aller Geschlechter beitragen.

<https://www.wecf.org/de/case-studies-report-on-gender-transformative-climate-initiatives/>



DIE KLIMAAUSWIRKUNGEN DES EU-HANDELSABKOMMENS MIT KOLUMBIEN, PERU UND ECUADOR

PowerShift

Das Handelsabkommen zwischen der EU und den Andenstaaten Kolumbien, Peru und Ecuador wurde als Instrument für nachhaltige Entwicklung und den Schutz von Umwelt- und Sozialstandards beworben. Eine neue PowerShift-Studie zeigt ein anderes Bild: Das Abkommen fördert vor allem

den Handel mit klimaschädlichen Produkten – ohne wirksame Schutzmaßnahmen.

<https://power-shift.de/klimaauswirkungen-eu-handelsabkommen-kolumbien-peru-ecuador/>



Erlassjahr 2025



Für faire Entschuldung!

Wir fordern:

- 1. Schuldenkrise jetzt beenden!** Illegitime und untragbare Schulden streichen ohne wirtschaftspolitische Auflagen!
- 2. Ursachen von Schuldenkrisen angehen und das globale Finanzsystem gerechter machen!** Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellen!
- 3. Nachhaltige und faire Lösungen schaffen!** Eine rechtsverbindliche Schuldenrahmenkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen vereinbaren!

Unterzeichne jetzt die Petition für faire Entschuldung und eine Reform der Schuldenarchitektur!



erlassjahr2025.de

Unterstützt von:



misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

und vielen weiteren Organisationen!